

## Rezensionen

### **Justizgeflüster. Gerichte und Gefängnisse in Berlin. Zeitreisen mit Arne Krasting und Alexander Vogel, Berlin: Amman Verlag 2022, 268 Seiten, 24, 80 Euro**

Mit ihrer Foto-Text-Dokumentation „Justizgeflüster“ legen der Historiker Arne Krasting und der Jurist Alexander Vogel ein umfassendes Kompendium über historische und aktuell existierende Justizstandorte in Berlin vor. Bei den vorgestellten und überwiegend heute noch genutzten Gerichtsdomizilen und Gefängnissen handelt es sich vielfach um Gebäudeanlagen, die bereits in der deutschen Kaiserzeit errichtet wurden. Ausführlich und wortreich beschreiben die Autoren deren Außenarchitektur, gestalterische Details und die innere Ausstattung. Sehr knapp fallen dagegen die zudem noch mit Anekdoten angereicherten Ausführungen zur Nutzungsgeschichte der Bauten bzw. zur Funktionsgeschichte der dort ansässigen Institutionen aus. Wenn in den erläuternden Texten Personen Erwähnung finden, so sind das zumeist Architekten oder Gerichtsreporter. Vergleichsweise selten finden sich die Namen von Akteuren, die vor oder hinter der Gerichtsschranke standen.

Gegliedert ist der Band im quadratischen Katalogformat und flexiblen Einband in drei thematische Abschnitte. Im ersten Teil „Berliner Gerichte“ widmen sich die Autoren den Institutionen der Rechtsprechung und ihren mitunter wechselnden Wirkungsstätten. Unterbelichtet bleibt dabei die Dimension der menschlichen Tragödien, die sich in den Gerichtssälen unter variierenden politischen Konstellationen abgespielt haben. Nur in den Passagen zum Volksgerichtshof und zum Obersten Gericht der DDR wird die in beiden deutschen Diktaturen ausgeübte Funktion der Berliner Justizgremien als Machtfaktor und Terrorinstrument primär hervorgehoben und eindeutig dargestellt. Bezüglich der beiden Amtsgerichtsgebäude in Köpenick und Weißensee wird deren Wirken in

der DDR komplett ausgeblendet. Ein Unikat war das Oberste Rückerstattungsgericht in der Rauchstraße 17 im Stadtbezirk Tiergarten. In diesem „Gericht auf Zeit“ entschieden von 1953 bis 1990 jeweils drei deutsche und drei alliierte Richter über die Restitution der vom NS-Staat beschlagnahmten oder unter Zwang veräußerten Vermögenswerte.

Der zweite Teil der Publikation befasst sich mit den traditionsreichen und geschichtsträchtigen Berliner Gefängnisbauten. Einzelne, historische Verwahranstalten sind aus dem Stadtbild verschwunden (Kriegsverbrechergefängnis Spandau, Zellengefängnis Lehrter Straße, Frauengefängnis Barnimstraße), andere wurden stillgelegt und umgewidmet (Gefängnis Rummelsburg, Strafgefängnis Charlottenburg, Amtsgerichtsgefängnis Weißensee) oder beherbergen aktuell Gedenkstätten (Amtsgerichtsgefängnis Köpenick, Untersuchungshaftanstalt des MfS Berlin-Hohenschönhausen). Die meisten der beschriebenen Haftkomplexe sind aber heute noch mit weit über dreitausenden Insassen belegt und können nur aus einer gewissen Distanz in Augenschein genommen werden.

Unerwähnt bleiben bei Krasting und Vogel das Gestapogefängnis in der Prinz-Albrecht-Straße, das Polizeigefängnis innerhalb des Präsidiums an der Alexanderstraße – welches sie offensichtlich mit dem Stadtvogteigefängnis verwechseln – und das einzige Haftarbeitslager der Staatssicherheit in der Hohenschönhauser Genslerstraße.

Bei einer Neuauflage sollten einige Fehlinformationen berichtigt werden. So hat zum Beispiel schon die DDR in der Puchanstraße 12 mit einer kleinen Ausstellung an die Köpenicker Blutwoche erinnert. Die Amtsgerichtsgefängnisse in Lichterfelde und in Pankow wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zunächst von der deutschen Verwaltung betrieben und nicht von den Amerikanern bzw. den Sowjets „übernommen“. Die Stadtvogtei befand sich von 1901 bis 1929

in der Dircksenstraße 14/15. Danach wurde das Gefängnis geschlossen. Seine erneute Inbetriebnahme 1949 stand im Zusammenhang mit der Spaltung des Berliner Justizwesens. Anzumerken bzw. hervorzuheben wäre auch, dass die Strafvollzugseinrichtungen in der DDR strukturell zum Ministerium des Inneren gehörten.

Im dritten Buchteil stellen die Autoren „Weitere Orte der Justiz“ vor. Dazu gehören unter anderem die Gerichtslaube im Nikolaiviertel, die ehemaligen Hinrichtungsplätze, die das Gerichtswesen betreffenden Ausbildungsstätten an den Berliner Universitäten sowie die Senatsverwaltung für Justiz.

Im Anhang ihres Werkes offerieren Krasting und Vogel drei Strecken für Fahrradtouren, auf den man sich die Justizgeschichte der Spreemetropole selbst oder mit Unterstützung von gebuchten Moderatoren erschließen kann.

Der Band ist reichhaltig illustriert. Die historischen Schwarzweißfotos stammen mehrheitlich aus dem Landesarchiv und die aktuellen Farbablichtungen wurden vom Co-Autor Arne Krasting vorgenommen.

*Peter Erler*

**Christin Müller-Wenzel: Der Staatliche Kunsthandel der DDR: Ein Kunstmarkt mit Plan? Ein Kompendium, Marburg: Mitteldeutscher Verlag 2021, 580 Seiten, 48 Euro.**

Christin Müller-Wenzel ist bekannt als Kuratorin, Autorin und Herausgeberin kunsthistorischer Publikationen zur Geschichte vor allem der modernen Kunst in Halle und in Sachsen-Anhalt. In ihrer Dissertation *Der Staatliche Kunsthandel der DDR: Ein Kunstmarkt mit Plan?: Ein Kompendium* widmet sie sich einem bisher wenig erforschten Thema: Der Geschichte der staatlichen Kunstvermittlung in der DDR. Es ist eine zusammenfassende Darstellung, ein Überblick von den Anfängen bis zur Auflösung des Staatlichen Kunsthandels durch die „Art Union

GmbH“ in den Jahren 1990 bis 1993. Der Staatliche Kunsthandel der DDR, 1955 als „Staatlicher Kunsthandel“ (HO) gegründet und 1974, nach mehreren Metamorphosen, als Volkseigener Handelsbetrieb unter dem Namen „VEH Bildende Kunst und Antiquitäten“ etabliert, unterstand dem Ministerium für Kultur und umfasste zahlreiche Galerien, sowohl für Antiquitäten, Philatelie und Numismatik als auch für zeitgenössische bildende Kunst, darüber hinaus auch Druckereien und Werkstätten für Keramik, Kunstguss, Holz- und Metallgestaltung und für die Restaurierung von Möbeln.

Das Interesse des Staates an Antiquitäten gegen Devisen bestand von Anfang an, und peu à peu wurde auch die zeitgenössische Kunst mit einbezogen. Ab Mitte der 1970er Jahre betrieb die VEH Bildende Kunst und Antiquitäten eigene Galerien für Gegenwartskunst. In enger Zusammenarbeit mit dem Verband Bildender Künstler der DDR und anderen Institutionen wurde sie zur zentralen Institution der Vermittlung von „Kunst der DDR“ im Inland wie im Ausland.

In wirtschaftlicher Hinsicht war der Staatliche Kunsthandel als volkseigener Handelsbetrieb „VEH Kunst und Antiquitäten“ allerdings auf das Inland beschränkt. Verkäufe nach Westen wurden über die „Kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) des Ministeriums für Außenhandel abgerechnet, wo man im Herbst 1973 die Abteilung „Kunst und Antiquitäten GmbH“ eingerichtet hatte. Die „VEH Kunst und Antiquitäten“ arbeitete der „Kunst und Antiquitäten GmbH“ jedoch vorbereitend zu.

Es ist weites Feld von komplexen Beziehungen, in dem sich bei näherer Betrachtung wohl auch manche Abgründe auftun würden. In ihrer Arbeit legt Christin Müller-Wenzel den Schwerpunkt auf die kulturelle Vermittlungstätigkeit. So schreibt sie in ihrer Einführung: „Der „Staatliche Kunsthandel der Deutschen Demokratischen Republik hatte es sich in der Zeit von 1956 bis 1990 nicht nur zur Aufgabe

gemacht, bildende und angewandte Kunst sowie Antiquitäten in das ‚Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet‘ (NSW) und in die Bundesrepublik Deutschland (BRD) zu verkaufen und Kapital zu erwirtschaften, vielmehr war es sein Ziel das Bild einer freien und qualitativ hochentwickelten sozialistischen Kunst zu vermitteln.“ Christin Müller-Wenzel interessiert sich besonders für den Handel mit zeitgenössischer Kunst in der DDR. Vorangestellt wird denn auch eine kurze Geschichte des privaten Handels mit moderner Kunst in der DDR der frühen Jahre. Ausführlich beschrieben werden die Kunstausstellung Gerstenberger in Chemnitz, deren Inhaber 1951 nach Düsseldorf übersiedelte, die Galerie Henning in Halle, deren Inhaber nach dem Mauerbau 1961 aus dem Leben schied, die Salon-Galerie von Ursula Baring, die 1963 auf politischen Druck hin aufgelöst wurde, die Kunst- und Buchhandlung Engewald in Leipzig, die bis 1971 bestand, und die Kunsthandlung Kühl in Dresden, deren Geschäftsführer Johannes Kühl seinen Betrieb durch eine gewisse Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst erhalten konnte. Diese Geschichten des weitestgehend verhinderten privatwirtschaftlichen Kunsthandels bilden quasi eine Folie für die folgende Darstellung des staatlich gelenkten Kunsthandels. Manches ist bereits bekannt, und doch sind diese Kapitel aufgrund der aufwendigen Recherche der Autorin lesenswert – hier finden sich, mehrfach in Fußnoten verstreut, Details zu biographischen Zusammenhängen. Aufschlussreich sind nicht zuletzt die abgebildeten zeitgenössischen Fotografien.

Es folgt ein Abschnitt über die ideologischen Voraussetzungen der Kulturpolitik der DDR. Wiederum ein weites Feld: Hier ein Überblick im Vogelflug. Erwähnt werden Persönlichkeiten der Nachkriegszeit wie Wilhelm Pieck, Alexander Dymshitz und Wilhelm Girnus – im Text irrtümlich als „Girnius“ gesetzt – sowie Karl Hofer. Es folgt ein Streifzug durch die kunsttheoretische Ideengeschichte sozialistischer

Kunst, von Denis Diderot über Karl Marx, weiter zu Bert Brecht, dann zu Joseph Beuys bis hin zu zwei Beiträgen zum IX. Parteitag der SED 1976 – von Hermann Raum: „Begeisterung und kritischer Verstand“ und Willy Wolsztajn: „Bildende Kunst und Klassenkampf“. Große Themen auf wenigen Seiten! Auch die alle vier Jahre stattfindende „Allgemeine Deutsche Kunstausstellung“ in Dresden wird kurz vorgestellt, außerdem die Doktrin des „Sozialistischen Realismus“ sowie die wichtigsten Institutionen der Kulturpolitik.

Die Autorin widmet sich dann dem zentralen Thema ihrer Arbeit, der Geschichte des Staatlichen Kunsthandels in der DDR als Organisation. Der 1955 gegründete Staatliche Kunsthandel (HO) war zunächst vor allem Antiquitätenhandel, auch gegen Valuta, mit Ladengeschäften in Berlin und Leipzig. Diese Organisation wurde 1962 liquidiert „aufgrund einer geheimen Regierungssache, in der die Verstärkung des Exports von Antiquitäten gefordert“ wurde; der bisherige Leiter Curt Belz und einige seiner Mitarbeiter wurden wegen Untreue verhaftet. Es folgte darauf der Volkseigene Handel (VEH) Moderne Kunst von 1962–1967 mit mehr und mehr Verkaufsstellen und einer Lagerhalle in Berlin-Buch zur Vorbereitung des Exports in westliche Länder. 1967 wurde auch dieses Unternehmen liquidiert, und es entstand stattdessen die VEH Antiquitäten, betreut im Kulturministerium durch Eberhard Bartke.

Die Geschichte des Antiquitätenhandels der DDR Anfang der 1970er Jahre ist auch die Geschichte des Antiquitätenhändlers Siegfried Kath, der zunächst eng mit der VEH Antiquitäten kooperierte, ab 1972 aber in großem Stil vor allem mit Manfred Seidel, dem „Offizier im besonderen Einsatz“ und Stellvertreter Alexander Schalk-Golodkowskis im Ministerium für Außenhandel, Bereich „Kommerzielle Koordination“. Im Herbst 1973 wurde dort die „Kunst und Antiquitäten GmbH“ gegründet; im April 1974 wurde Siegfried Kath

unter dem Vorwurf der Unterschlagung verhaftet und später in den Westen abgeschoben, unter Zurücklassung seines inzwischen beträchtlichen Vermögens. Die Geschichte Siegfried Kath's wird jedoch hier lediglich in einer ausführlichen Fußnote beschrieben. Über die Hintergründe erfährt man wenig. Auch die Geschichte der Enteignung privater Sammler wird in diesem Buch nicht thematisiert.

Das Geschäft mit zeitgenössischer Kunst lief in den 1960er Jahren langsam an. Es Verkaufsgenossenschaften „Kunst der Zeit“, und ab Anfang der 1970er Jahre „Kleine Galerien“ des Kulturbundes, deren Geschichte bis auf Lothar Langs bekanntes „Kunstkabinett“ im Berlin-Pankow der 1960er Jahre zurückgeführt wird. In diesen Galerien wurde oft erschwingliche Graphik gezeigt und verkauft. Aufschlussreich ist der Bericht über den 1947 in Altenburg gegründeten Verlag Heinrich Mock, der im Dresdner Verlag der Kunst aufging.

Die große Zeit des Staatlichen Kunsthandels als Institution der DDR begann schließlich am 1. Oktober 1974 mit der Gründung der VEH Bildende Kunst und Antiquitäten, die die VEH Antiquitäten ablöste. Jetzt wurde die zeitgenössische Kunst mehr und mehr in den Kunsthandel mit einbezogen – eine Folge der internationalen Anerkennung der DDR, die eine Neukonzeption und Erweiterung des Kulturbetriebs mit sich brachte. Es ging um Devisen, in diesem Bereich zugleich aber immer auch um Kulturpolitik. Der Staatliche Kunsthandel führte mehr und mehr Galerien und organisierte vielfältige Aktivitäten. Durch die Einrichtung kunsthandwerklicher Werkstätten sorgte man auch für einen Teil der künstlerischen Produktion. Die zentrale Steuerung des Kunstbetriebs erleichterte dabei die Überwachung eines politisch sensiblen Bereichs. So hatten die zugehörigen Galerien ihre Ausstellungsprogramme und Publikationsvorhaben alljährlich bei der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit zur Freigabe einzureichen. „Mitunter konnte es relativ kurzfristig

noch zu Absagen kommen, falls die Richtlinien nicht genau eingehalten wurden“, heißt es dazu kryptisch im Text.

Christin Müller-Wenzel orientiert sich in ihrer Darstellung der Institution am Organigramm, das ausführlich erläutert wird. Die Beschreibung der Institutionen des Staatlichen Kunsthandels und ihrer Aktivitäten nimmt den Hauptteil des Werkes ein: Auktionen und Editionen, Galerien und Fachgeschäfte in 32 Städten der DDR – von der Galerie Arkade Berlin über die Galerie am Sachsenplatz in Leipzig bis zur Werkstatt für Metallspritztechnik in Rostock. Man erfährt manches über die Geschichte der Galerieleiter, über Ausstellungen, Publikationen, Veranstaltungen, bis hin zu den Umsätzen der Galerien – Informationen, die allerdings nur mit Kenntnis der Kaufkraft in der DDR einschätzbar sind. Die beigegeführten Abbildungen der jeweiligen Galerien und Läden vermitteln einen atmosphärischen Eindruck vom Ausstellungswesen in der DDR. Auch zur Geschichte des Kunsthandels unter Peter Pachnike und seinem Nachfolger Horst Weiß finden sich Informationen. Insgesamt ergibt sich das Bild reger Aktivitäten vor allem in den 1970er und 1980er Jahren, wobei Galerien des Staatlichen Kunsthandels mitunter sogar autonomen Künstlern Raum boten – dafür stehen etwa das Beispiel der Leipziger Galerie am Sachsenplatz unter Hans-Peter Schulz und der bis zur ihrer Schließung 1981 von Klaus Werner geführten Galerie Arkade am Strausberger Platz in Berlin.

Die Geschichte des Staatlichen Kunsthandels der DDR ist auch eine Geschichte innerdeutscher Beziehungen. Die Abteilung „Internationale Beziehungen“ der VEH Kunst und Antiquitäten hatte de facto nur wenig mit sozialistischen Bruderländern zu tun, umso mehr aber mit dem auch im Text „NSW“ genannten Ausland, dem Nichtsozialistischen Wirtschaftsblock, vulgo dem Westen. Die Abrechnung der Verkäufe oblag der „Kommerziellen Koordinierung“. Künstler, deren Werke im

Westen verkauft wurden, standen jedoch zwanzig Prozent des Verkaufserlöses zu. Valuta wurde jedoch nicht ausbezahlt, sondern vom Künstlerverband in Valutaschecks umgerechnet und zur Finanzierung von Studienreisen vorbehalten.

Im Übrigen wurden die westlichen Ausstellungsaktivitäten des Staatlichen Kunsthandels vor allem im Bereich der zeitgenössischen Kunst als „Auslandspropaganda“ vom Kulturministerium unterstützt. Der Staatliche Kunsthandel ermöglichte, steuerte und begleitete die Beziehungen zu westlichen Handelspartnern: Man organisierte Messebeteiligungen und Ausstellungen, man betreute Sammler, wie Peter und Irene Ludwig, und Galeristen bei ihren Atelierbesuchen und Einkaufsreisen in der DDR.

Auf diesen Bereich der Arbeit der „VEH Kunst und Antiquitäten“ in der Verflechtung mit anderen Institutionen geht Christin Müller-Wenzel jedoch nicht näher ein. Ihre Arbeit ist im Wesentlichen die Geschichte einer weit verzweigten Institution, von innen her betrachtet, sorgfältig recherchiert, mit vielen Details aus umfangreichen Archivstudien. Manche Quellen sind vielleicht mit Vorsicht zu genießen. Zitiert werden etwa Äußerungen schillernder Persönlichkeiten des Kunstbetriebs der DDR wie Hermann Raum, Helmut Netzker, Hartmut Pätzke, Peter Pachnike und Rüdiger Küttner. Da wünscht man sich beim Lesen manchmal etwas mehr kritischen Abstand.

Unklarheiten ergeben sich aus dem Umfang der Themengebiete. So erschließt es sich beim Lesen nicht so ohne Weiteres, inwieweit die dargestellten Institutionen des Staatlichen Kunsthandels im Bereich der zeitgenössischen Kunst als repräsentativ für das gesamte Galeriewesen in der DDR angesehen werden können. Auch die Verflechtungen des Staatlichen Kunsthandels mit anderen Institutionen werden zwar benannt, aber nicht genauer untersucht. Gerade dann, wenn von „Freiräumen“ für weniger etablierte Künstler geschrieben wird, stellen sich Fragen. Wie

kalkuliert waren solche Freiräume? Die West-Kontakte der Kunst- und Antiquitätenhändler und der Künstler wurden vom Staatssicherheitsdienst der SED genauestens überwacht, und leitende Mitarbeiter des Staatlichen Kunsthandels waren intensiv für den Staatssicherheitsdienst tätig. Der politische Blick der herrschenden Partei auf die internationalen Aktivitäten des Kunsthandels steht in dieser Arbeit nicht im Fokus. In diesem Bereich könnte noch geforscht werden.

Wer sich informieren will über die Geschichte einzelner Galerien und Unternehmungen im Rahmen der VEH Bildende Kunst und Antiquitäten, wird in diesem Buch fündig. Ausgiebige Recherchen und Hinweise auf Archivgut sind eine Stärke dieser Arbeit. Als Basis weiterer Forschung versteht sich denn auch das vorliegende Werk – „ein Kompendium“.

*Felice Fey*

**Heinrich August Winkler: Deutungskämpfe. Der Streit um die deutsche Geschichte, Historisch-politische Essays, München: C.H. Beck 2021, 278 Seiten, 26 Euro .**

Winklers Essaysammlung, die Aufsätze aus den letzten sieben Jahrzehnten enthält, führt schlaglichtartig durch die größeren Debatten und Ereignisse der neueren und neuesten deutschen Geschichte. Entsprechend ist der Band viergeteilt: in die Periode vor 1918, die Phase zwischen den Weltkriegen, die Zeit des geteilten Deutschlands sowie jene nach dem Mauerbau. Wie vom Verfasser nicht anders zu erwarten, besteht der gemeinsame normative Ausgangspunkt aller Texte, in dem Versuch, „die deutsche Öffnung gegenüber der politischen Kultur des Westens voranzutreiben – eine Kultur des demokratischen Pluralismus“ (13).

Direkt und indirekt kommt er dabei auch auf Themen der DDR-Geschichte zu sprechen. So etwa, wenn er Stefan Heyms Buch zu Karl Radek bespricht und ihm einen Dienst an dem Mythos bescheinigt,

wonach die ursprünglich gute, russische Revolution an ihrer Isolierung scheiterte und ein großes Maß der Schuld dafür bei der Sozialdemokratie liege. Eine erfreuliche Randnotiz ist zudem die wohlwollende Besprechung der Studie *Nach Hitler kommen wir* von Peter Erler, Horst Laude und Manfred Wilke (Forschungsverbund SED-Staat) aus dem Jahre 1995. Ein weiterer Text behandelt die Auseinandersetzung mit Erinnerung und Analyse der Friedlichen Revolution. Dabei rückt Hartmut Zwahr, Professor für Geschichte an der Karl-Marx-Universität, in den Mittelpunkt, der nicht nur an den Leipziger Montagsdemonstrationen teilnahm, sondern seine Eindrücke zeitgleich dokumentierte. Insbesondere die dabei entwickelten Überlegungen, die die Öffnung der Berliner Mauer zum Grund für den Wandel von einer demokratischen zur nationaldemokratischen Revolution erklären, ist aufschlussreich. Es verwundert allerdings, dass Winkler den gesamtdeutschen Verfassungsdiskurs als „angeblich vertane Chance“ (193) bezeichnet und behauptet, dass die Staatsliquidation der Revolution „in keines der klassischen Revolutionsverständnisse paßt“ (ebd.). Hannah Arendts Revolutionstheorie hätte hier wichtige, konträre Einsichten liefern können.

Viele der Beiträge enthalten eine Auseinandersetzung mit der Faschismustheorie. Winkler argumentiert an unterschiedlichen Stellen (und in etwas abweichender Form) gegen diese Theorie, die Faschismus lediglich als Resultat des Kapitalismus ausweisen will. So vermag sie nicht zu erklären, warum gerade kapitalistische Hochburgen, wie die Vereinigten Staaten oder Großbritannien, ihre demokratische Regierungsform über die 1920er und 1930er Jahre hinweg beibehielten. „Das konzentrierte Kapital ist, gelinde gesagt, nirgendwo eine besonders verlässliche Stütze der Demokratie. Zu einer faschistischen Machtergreifung kam es jedoch nur da, wo die Gesellschaft von starken vorin-

dustriellen und vordemokratischen Traditionen geprägt war.“ (86) Hier zeigt sich der Kern seiner Überlegungen, die auf die entscheidende Rolle des Feudalismus für den Faschismus hinweisen. So schreibt er an anderer Stelle: „Faschistische Bewegungen kamen nur dort an die Macht, wo es noch starke vorindustrielle Kräfte in der ‚Machtelite‘ gab – Großgrundbesitzer, Militär, zum Teil auch die Kirche –, die sich konservativen Unternehmergruppen als politische Verbündete im Kampf gegen die Arbeiterbewegung anboten, und wo die ländlichen und städtischen Mittelschichten so wenig in das liberale politische System integriert waren, daß sie zur Massenbasis einer antiparlamentarischen Bewegung werden konnten.“ (174)

Bedingung für den Erfolg des Faschismus ist somit ein gewisser Grad an Industrialisierung in Kombination mit noch feudalistisch bestimmten Machtverhältnissen. Winkler begründet diese Überlegungen entlang des italienischen faschistischen und des deutschen nationalsozialistischen Regimes, die er als die einzigen Fälle ansieht, in denen faschistische Regierungen „autonom an die Macht“ (174) kamen. Dies muss selbstredend überraschen, scheint dieser Ausgangspunkt doch mit Blick auf die österreichische Geschichte und konkret den Austrofaschismus nicht zuzutreffen.

Zusammengefasst verkennt die Faschismustheorie, laut Winkler, die ideologischen und politischen Grundlagen des NS, wenn sie ihn auf seine „soziale Funktion“ reduziert. Stattdessen plädiert er plausibel für eine Form der Totalitarismustheorie – die nicht infrage stellt, dass sich Faschismus und Kommunismus „grundsätzlich in ihren sozialen Grundlagen, ihrer Funktion und ihren politischen Zielen“ (179) unterscheiden. Dennoch ermögliche der Vergleich Gegensätze schärfer zu erkennen sowie „Übereinstimmungen der jeweiligen Herrschaftspraxis“ (212) zu markieren.

Die Beiträge des Bandes *Deutungskämpfe* sind Geschichte im Handgemenge, was sich auch im durchaus unterhaltsamen Stil

der Beiträge niederschlägt. So ist beispielsweise auch Winklers Auseinandersetzung mit Ernest Mandel über die Frage des demokratischen Charakters eines Rätessystems samt der Replik von Mandel und der Erwiderung Winklers aus dem Jahre 1972 abgedruckt. Vielen Essays scheint geradezu zeitdokumentarischer Wert zuzukommen. Ein weiterer Aufsatzband, der Winklers Interventionen zur Einheit und europäischen Integration beinhalten soll, ist angekündigt.

*Simon Clemens*

**Matthias Deinert/Uwe Hartmann/Gilbert Lupfer (Hg.): Enteignet, Entzogen, Verkauft: Zur Aufarbeitung der Kulturgutverluste in SBZ und DDR: Provenire: Schriftenreihe des Deutschen Zentrums für Kulturgutverluste Magdeburg, Band 3, Berlin, Boston: De Gruyter 2022, 326 Seiten, 39,95 Euro.**

Das Deutsche Zentrum für Kulturgutverluste, gegründet 2015 von Bund, Ländern und Kommunen, fördert und publiziert Forschungen zu politisch motivierten Enteignungen von Kunstwerken und Kulturgütern. Dazu gehören etwa die Ermittlung der Herkunft und Geschichte von Kunstwerken und Wertgegenständen, die Dokumentation von Verlusten, die historischen Hintergründe und Abläufe von Enteignungen und die Schicksale der Betroffenen. Forschungsschwerpunkt ist sogenanntes „Raubgut“ – das ist Kulturgut, das infolge nationalsozialistischer Verfolgung entzogen wurde, insbesondere aus jüdischem Besitz. Dazu kommt „Beutegut“: Wertgegenstände, die während des Krieges verschleppt worden sind. Erforscht wird außerdem die Aneignung von Objekten aus kolonialen Zusammenhängen. Ein weiteres großes Forschungsgebiet sind die in staatlichem Auftrag betriebenen Entziehungen von Kunst- und Kulturgut in der Sowjetisch Besetzten Zone und in der DDR.

Das Deutsche Zentrum für Kulturgutverluste setzt hier die Arbeit einer zuvor von

23 Institutionen der neuen Bundesländer gebildeten Arbeitsgruppe innerhalb der Konferenz nationaler Kultureinrichtungen fort.

Im Herbst 2016 fand bei der Stiftung Brandenburger Tor in Berlin eine Fachkonferenz zum Stand der Forschung über Entziehungen von Kulturgut in SBZ und DDR statt. Es gab viele offene Fragen. In der Folge entschied sich das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste dafür, zunächst Projekte der Grundlagenforschung durchzuführen, in Zusammenarbeit mit den Museumsverbänden der Länder Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, der Stiftung Deutsches Historisches Museum und der Staatlichen Schlösser, Gärten und Kunstsammlungen Mecklenburg-Vorpommern, dem Institut für Kunstwissenschaft und Historische Urbanistik der TU Berlin und der Landesstelle für Nichtstaatliche Museen in Bayern und dem Bundesarchiv.

Forschungsergebnisse wurden in der am 30. November 2020 digital durchgeführten Tagung „VEB Kunst – Kulturgutentzug und Handel in der DDR“ vorgestellt. Auf diese bezieht sich der von Matthias Deinert, Uwe Hartmann und Gilbert Lupfer herausgegebene Sammelband *Kulturgutverluste in SBZ und DDR*. Die Beiträge wurden überarbeitet, die Gliederung neu durchdacht. Das Ergebnis ist eine Überblicksdarstellung zum gegenwärtigen Stand einer Forschung, die noch nicht abgeschlossen ist – es versteht sich denn auch als „eine Zwischenbilanz“. Es ist ein Meilenstein.

Der Band enthält, jeweils mit einem englischsprachigen Abstract versehen, kurze Beiträge zu Themenblöcken, die im Wesentlichen chronologisch geordnet sind. Es sind exemplarische Untersuchungen, Einzelfallbeschreibungen, die zusammen ein facettenreiches Bild eingeben, pars pro toto. Es sind Kriminalgeschichten. Der Reihe nach! Im ersten Abschnitt – „Besatzungszeit und junge DDR“ – berichtet Ulrike Schmiegelt-Rietig über die Forschungen im Bestand der Stiftung

Preußische Schlösser und Gärten. Sie geht auf einen besonderen Fall ein – ein Bestand von Gemälden und Graphiken, der im Sommer oder Herbst 1948 am Kontrollpunkt Wittenberge beschlagnahmt und vom Land Brandenburg übernommen wurde. Zwei der Gemälde waren schon einmal beschlagnahmt worden; sie stammen aus dem Besitz eines jüdischen Sammlers, der in Auschwitz ermordet worden war.

Thomas Rudert berichtet über die sächsische Schlossbergung: Aus 1 155 enteigneten Schlössern, Guts- und Herrenhäusern entwendete Wertgegenstände wurden zwischen September 1945 und 1950 im Dresdner Albertinum gelagert und von Museumsmitarbeitern begutachtet und bewertet. Da kam es zu Konflikten zwischen den Museen, die ihre durch die Enteignungen der Roten Armee geschmälernten Bestände gerne erweitert hätten, und der Sächsischen Landesbodenkommission, die verkaufen wollte. Tatsächlich wurde von Anfang an verkauft – vieles ging ins westliche Ausland, manches auch an Ministerien und andere Institutionen der DDR, einiges an Kunsthändler wie Heinrich Kühl und sogar an private Käufer, darunter Eugen Hoffmann, Fritz Löffler, Bernhard Kretzschmar, Rudolf Mauersberger und Herbert Gute. Auslandsverkäufe wurden nach Protesten des Hauses Wettin eingestellt, und so gelangten wertvolle Stücke in die Museen der DDR. Werke minderer Qualität wurden von dort aus allerdings später dann doch noch in den Westen verkauft.

Der folgende Abschnitt widmet sich den an Enteignungen beteiligten staatlichen Akteuren.

Das Deutsche Historische Museum in Berlin (DDR), beschrieben von Doris Kachel, wurde vielfach von Gütern aus der Bodenreform beliefert, zum Teil über das zentrale Depot der Provinz Sachsen in der Moritzburg in Halle, zum Teil über kleinere Museen. Auch die Räte der Bezirke und Kreise lieferten ein, denn sie waren

zuständig für erbenlose Nachlässe, Gegenstände aus Strafverfahren und für den zurückgelassenen Besitz derer, die den Staat verlassen hatten. Ronny Licht untersucht die Abteilung Tresorverwaltung des Ministeriums für Finanzen. Diese Institution war seit Gründung der DDR die zentrale Verwertungsstelle für alle seit 1949 eingezogenen und gepfändeten Wertgegenstände. Sie unterhielt Safes und Depots. Sie enthielten Güter aus Beschlagnahmungen, zu denen zahlreiche Personen berechtigt waren – Amtsträger aus Justiz, Verwaltung, Polizei, Zoll, Bank, den Ministerien für Inneres und für Staatssicherheit und den Räten der Bezirke, Kreise und Gemeinden, außerdem Gerichtsvollzieher und Nachlasspfleger, Fundbüros, Pfandleihen und andere. Die Tresorverwaltung organisierte dann den Verkauf solcher Wertgegenstände gegen Devisen in den Westen. Für den Inlandsverkauf wurde Anfang der 1950er Jahre beschlossen, in Großstädten der DDR Geschäfte für den staatlichen Kunst-, Briefmarken- und Münzhandel einzurichten. Merkmale der Provenienz wurden dabei möglichst beseitigt; Münzen wurden mitunter eingeschmolzen – oder nachgeprägt. Die Tresorverwaltung arbeitete eng mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammen, ab Anfang der 1970er Jahre auch mit der „Kunst und Antiquitäten GmbH“ der Abteilung Kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenhandel. Heike Schroll schildert die Geschichte der Pfandleihanstalt in Berlin, die den VEB Staatlicher Kunsthandel und später die Kunst und Antiquitäten GmbH belieferte – insbesondere, nachdem Museen sich weigerten, ihre Depots für den Handel zu räumen.

Über Fälle aus dem Staatlichen Museum Schwerin berichtet Michael Busch. Eine private ostasiatische Sammlung wurde Anfang der 1950er Jahre beschlagnahmt, der Sammler enteignet und verhaftet; das Museum übernahm die Sammlung und gab sie an ein anderes Museum weiter. In

einem anderen Fall wurde der Inhaber einer Papierfabrik mit einem fingierten Strafverfahren in den Westen getrieben, der Besitz beschlagnahmt. Gemälde, die man auf dem Dachboden einer Villa fand, kamen ins Museum. In den Fällen zurückgelassener Güter fertigten Museumsmitarbeiter mitunter Expertisen an. Der Themenkomplex „Flucht und Ausreise“ wird in drei Aufsätzen von Antje Strahl und Reno Stutz, Regine Dehmel und Michaela Scheibe und Cora Schall anhand von Einzelfallbeispielen vertieft: Was geschah eigentlich genau mit den Hinterlassenschaften derer, die den Staat verließen? Die Quellenlage, so zeigte es sich, ist mager; viele Dinge wurden an Verwandte, Bekannte und Nachbarn abgegeben, wenige gelangten in Behörden oder Heime, noch weniger in Bibliotheken, Museen und Archive. Juristische Verfahren der Rückübertragung nach 1990 gestalteten sich kompliziert.

Zum Themenblock „Privater Kunsthandel“ enthält der Band Studien über die Geschichte dreier Kunsthändler. Claudia Maria Müller schreibt über ihren Großvater Alphons Müller, der nach dem Krieg seine Kunsthandlung in Dresden-Blasewitz neu gegründet hatte. Er erwarb Antiquitäten auf Auktionen und bei privaten Haushalten – darunter Dinge, die nach dem Krieg bei Bauern gegen Nahrungsmittel eingetauscht worden waren. Ab Ende der 1950er Jahre durften private Händler in der DDR jedoch keine Valuta mehr einnehmen, Verkäufe waren meldepflichtig, ab Ende der 1960er Jahre auch Ankäufe und Kommissionsübernahmen. Schließlich übernahm der Staat gezielt den Ausverkauf von Wertgegenständen aus der DDR gegen Valuta und zerschlug den bürgerlichen Privathandel. Nach dem Tod von Alphons Müller im Jahr 1972 durfte der Sohn das Geschäft nicht übernehmen. Christin Müller-Wenzel erzählt die Geschichte des Hallenser Kunsthändlers Eduard Henning. Die erste Grafik-Einzelausstellung von Georges Braque fand im April 1950 in der Galerie Henning statt;

gezeigt wurden mehrfach auch Werke von Picasso, und die 100. Ausstellung der Galerie galt Marc Chagall. Der Galerist bedurfte der Protektion des kunstsammelnden Außenministers Lothar Bolz. Zu Komplikationen führten seine Verbindung mit dem in Feldafing bei München lebenden Autor und Kunstsammler Lothar-Günther Buchheim ebenso wie seine Ausstellung von Werken des West-Berliner Abstrakten Heinz Trökes. Im Jahr 1961, nach dem Bau der Mauer, nahm er sich das Leben, und die Galerie musste schließen.

Julia Marie Wendels Aufsatz „OV Puppe“ führt in die 1980er Jahre. Hier geht es um den Fall der „Antiquitäten-Stube“ in Rudolfstadt, deren Inhaber Bettina und Martin Wendl vor allem wegen ihrer Puppensammlung bekannt waren. Sie gerieten Mitte der 1980er Jahre in Bedrängnis; Hausdurchsuchungen und regelmäßige Verhöre fanden statt, schließlich wurde ihre Steuerschuld auf rund 620.000 Mark festgestellt. Kurzfristig verkauften sie das Grundstück, lösten ihr Geschäft auf, verkauften die meisten Objekte an die Kunst und Antiquitäten GmbH und reisten im Mai 1988 in die Bundesrepublik aus. Der Abschnitt „Staatlicher Kunsthandel“ enthält zwei Aufsätze aus den frühen und späteren Jahren der DDR. Thomas Widera erforschte die seinerzeit strikt geheim gehaltene Aktion „Licht“ des Ministeriums für Staatssicherheit, in der am 6./7. Januar 1962 in zahlreichen Banken und ehemaligen Finanzinstitutionen sogenannte „herrenlose“ Schließfächer überprüft, Wertgegenstände abtransportiert und an die Tresorverwaltung des Ministeriums für Finanzen übergeben wurden. Die Spurensuche führte zu Curt Belz, dem Leiter des Staatlichen Kunsthandels, der selbst Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes war und den Verkauf der Ware nach dem Westen übernahm. Die Verhältnisse waren undurchsichtig; wegen Untreue wurde Belz mit seinen Mitarbeitern noch 1962 verhaftet, die Handelsorganisation „Staatlicher Kunsthandel“ liquidiert, und auch die

Nachfolgeinstitution „VEH Moderne Kunst“ war kurzlebig und nur bedingt handlungsfähig. Die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit im Staatlichen Kunsthandel ist noch nicht abschließend geklärt. Uwe Hartmann gibt in seinem Aufsatz über den Handel innerhalb der DDR durch den 1974 gegründeten VEH Bildende Kunst und Antiquitäten eine kurze Zusammenfassung über den Binnenhandel in der DDR. Das Sammeln von Kunst galt als eine bürgerliche Beschäftigung, beinahe obsolet. Es wurden auch eher Reproduktionen als Originale verkauft, eher Zeichnungen als Gemälde. Aber es gab Galerien und Auktionen, auch im Sinne kultureller Erziehung. Immer ging es aber um Valuta. In späteren Jahren setzte man Hoffnungen auf den Export von zeitgenössischer Kunst. Aber das ersetzte den Antiquitätenhandel nicht. In diesem Bereich allerdings mangelte es in den späten Jahren schlicht an Ware.

Ins Zentrum des Handels mit enteignetem Kulturgut führen schließlich die Aufsätze im Abschnitt über die Kunst und Antiquitäten GmbH. Von Anfang an wurden Objekte aus Museen der DDR ausgesondert und gegen Valuta verkauft – darunter nicht selten Güter, die nach der Bodenreform in die musealen Sammlungen gelangt waren. Nicht immer unterstützten die Museen die Aufforderungen des Museums für Kultur, Listen vorzulegen. Es gab auch Proteste. Jan Scheunemann verfolgt die Spur eines Aquarells von Adolf Hitler mit dem Titel „München Königliches Hofbräuhaus“ aus der Staatlichen Galerie Moritzburg in Halle, das im Jahr 1974 durch die Kunst und Antiquitäten GmbH zunächst in die Schweiz und von dort aus in die USA verkauft wurde. Margaux Dumas und Xenia Schiemann beschreiben die Geschichte einer Kommode aus dem Schloss von Versailles, die 1941 von einer Pariser Händlerin an die Deutsche Reichsbank verkauft worden war. Sie kam in den Besitz des Märkischen Museums, wurde aber 1986 vom Auktionshaus Christie's in London angeboten und für

152.000 Pfund verkauft. Christopher Jüter hat in der Sammlung des 1987 gegründeten Deutschen Historischen Museums nach Objekten aus dem Bestand der Kunst und Antiquitäten GmbH geforscht. Bernd Isphording vom Bundesarchiv erläutert den inzwischen erschlossenen, 75 laufende Meter umfassenden Bestand der Kunst und Antiquitäten GmbH – und die besonderen Komplikationen der Provenienzforschung, da zwischen Einlieferern und Endkunden regelmäßig mehrere Zwischenverkäufe nachzuverfolgen sind. Die Spuren des Exports über das zentrale Lager in Mühlenberg sind mühsam nachvollziehbar über ein bislang nur teilweise entschlüsseltes, offenbar auch mehrfach geändertes Nummern-Codesystem. Strohmann aus der Bundesrepublik, den Niederlanden und der Schweiz übernahmen oft die Vermittlung besonders wertvoller Stücke an westliche Auktionshäuser.

Am 22. November 1989 schließlich wurde der Export von Kunstwerken und Antiquitäten aus der DDR beendet. Alexander Schalck-Golodkowski setzte sich Anfang Dezember nach West-Berlin ab, und am 31. Dezember ging die Kunst und Antiquitäten GmbH in Liquidation. Alexander Sachse beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Zeit danach. Mitarbeiter vieler Museen besichtigten die Lager in Mühlenbeck und andernorts und erwarben Objekte; die Finanzierung trugen die Ministerien für Kultur und für Finanzen mit Mitteln aus dem Kulturfonds der DDR und dem Vermögen der SED. Der Verbleib der gezahlten Gelder ist jedoch bislang nicht geklärt; nach Liquidierung der Außenstände der Kunst und Antiquitäten GmbH flossen sie möglicherweise an die Nachfolgefirma Internationale Beratungs- und Vertriebsgesellschaft.

Die Vergangenheit wirkt nach bis heute. Salka-Valka Schallenberg beschreibt das Beispiel des in der DDR prominenten Malers Otto Nagel, dessen Nachlass von den Erben als Dauerleihgabe an den Magistrat von Ost-Berlin gegeben und unter Druck schließlich an verschiedene staatliche

Stellen übereignet wurde. Zu einer vollen Rückerstattung der Vermögenswerte kam es in diesem Fall nicht. Peter Danker-Carstensen berichtet über Ermittlungen zum Verbleib verschwundener Objekte aus Rostocker Museen vom Dezember 1989 bis 1991. Diese Untersuchung scheiterte – auch an der Tatsache, dass die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit zu dieser Zeit noch nicht öffentlich einsehbar waren.

Berichte über die Tagung „VEB Kunst – Kulturgutentzug und Handel in der DDR“ am 30. November 2020 und die vorhergehende Podiumsdiskussion schließen den Band ab. Das Forschungsgebiet, im Jahr 2003 von Ulf Bischof mit seiner Dissertation „Die Kunst und Antiquitäten GmbH im Bereich Kommerzielle Koordinierung“ eröffnet, ist weiter erschlossen worden. Die Provenienz vieler Dinge liegt jedoch im Dunkeln, und so konnten auch Eigentumsrechte nicht immer geklärt werden. Insbesondere in den alten Bundesländern sei, so ein Resümee der Podiumsdiskussion, oft noch wenig Problembewusstsein vorhanden. Wer damals am Kunst- und Antiquitätenhandel zwischen Ost und West beteiligt war, musste wissen, dass auch Waren angeboten wurden, die in der DDR enteignet worden waren. Der vorliegende Band ist ein wesentlicher Beitrag zur Aufklärung komplexer Zusammenhänge. Es bleibt nur zu wünschen, dass die hier gesammelten Beiträge weitere Forschungen zur Provenienz von Kunstwerken und Antiquitäten ermöglichen.

*Felice Fey*

**Dendev Terbishdagva: Im Jahr des Roten Affen – Ein Nomade zwischen Jurte und Brandenburger Tor. Verlag Neues Leben Berlin 2020, 480 S., 24,- Euro**

Bücher von Mongolen mit Deutschlandbezug in deutscher Sprache sind selten. Der Autor des vorliegenden Werkes lernte Deutschland in Ost und West vor und nach der Einheit kennen und war auch Bot-

schafter seines Landes bei uns. Aufmerksam und einfühlsam hat er Deutschland und die Deutschen beobachtet, das macht sein Buch für das deutsche Publikum interessant. Das Vorwort schrieb der ehemalige rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck, der als Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung im Juni 2018 die Mongolei besucht hatte. Er würdigt deren demokratischen Weg zwischen den Autokratien China und Russland.

Der Autor wurde 1956, im Jahr des Roten Affen, in einer Jurte geboren. Ein im Kindesalter erfrorener Finger an seiner rechten Hand erinnert ihn noch an einen Schneesturm in der Steppe. Seine Eltern arbeiteten in der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft „Fleißig“. In der Mongolei galt ein Studium in der DDR als Glücksfall, es war die westlichste Gegend, in der Mongolen studieren konnten. Der Autor lernte Deutsch in seiner Heimat und eine Kommission bestimmte, dass er Lebensmittelingenieur werden sollte. So kam er 1975 in die DDR. Gewöhnt war er als Nomadenkind einen blauen Himmel, am Berliner Ostbahnhof empfand er dazu einen starken Kontrast. „Bei meiner ersten Ankunft empfing mich die DDR mit einem mir unbekanntem Grau. Das Wetter, die Gebäude, alles schien wie in einen Nebel gehüllt. Ich erschrak: Das war also Berlin, der Gegenstand lang gehegter Wünsche, die Hauptstadt der DDR.“ Er fuhr mit dem Bus nach Leipzig weiter, wo am Herder-Institut ausländische Studenten in einem meist einjährigen Sprachkurs auf ein Fachstudium vorbereitet wurden. Dort waren die ersten Eindrücke auch nicht besser. „Der Anblick des grau verhangenen Himmels, der grauen Straßen und Menschen und der alten wie auch der neuen grauen Gebäude erzeugte in mir ein seltsames Gefühl: Dies ist kein Ort, an dem die Sonne scheint!“ (S. 61) Doch bald fand er sich zurecht. Beim Studium an der Humboldt-Universität lernte er deutsche Eigenheiten kennen, wie Fleiß, Sparsamkeit und Exaktheit, auch beim Überqueren

der Straße. „Der Respekt der Deutschen vor Ampeln hat mich von Anfang an beeindruckt und symbolisiert den deutschen Sinn für Ordnung.“ (S. 68/69) Selbst Betrunkene würden an der Fußgängerampel auf Grün warten und erst dann korrekt die Straßenseite wechseln.

Vieles in Deutschland Gelernte hat er für seine eigene Familie übernommen. Am 26. November 1979 lernte er in der Mongolischen Botschaft in Ost-Berlin beim Jahrestag der Gründung der Volksrepublik seine spätere Ehefrau Baasankhuu kennen. Sie heirateten nach der Rückkehr in die Heimat 1981. Der Autor hatte eine Stelle als technologischer Assistent im Fleischkombinat der Hauptstadt Ulan-Bator bekommen, dem größten in der damaligen Mongolei. Er machte schnell Karriere und wurde Betriebsleiter des Schlachthofs. Beim Besuch einer Delegation aus der DDR mit Günter Schabowski an der Spitze im Kombinat fragte er ihn nach der Perestrojka, erhielt aber keine Antwort. Im Frühjahr 1988 wurden der Autor und seine Frau vom Jugendverband an die Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ am Bogensee nördlich von Berlin delegiert, um angehende mongolische Führungskräfte zu unterrichten und zu betreuen. Schwer war für ihn als Lebensmittelingenieur, die Vorlesungen über Marxismus-Leninismus simultan zu dolmetschen.

Im Herbst 1989 erlebte er die Umwälzungen in der DDR. Er schlug auch selbst ein Stückchen aus der Berliner Mauer und wickelte es mongolischer Tradition folgend in ein seidenes Tuch. Das wurde in eine bei Buddhisten übliche Gebetsecke im Haus gelegt. „An diesem besonderen Ort bewahre ich mein Stück der Berliner Mauer auf. Es erinnert mich daran, dafür zu beten, daß es niemals wieder eine Mauer gebe, die ein ganzes Volk teilt, und daß die Menschen miteinander in Harmonie leben.“ (S. 47/48). An der Hochschule waren einige Lehrkräfte eher schockiert. Viele zweifelten am Lehrprogramm, „manche auch an sich selbst. Einige ver-

fielen in Depression, verloren ihr Vertrauen, und manche suchten Trost im Alkohol.“ (S. 56) Die Lehrer für Marxismus-Leninismus waren besonders schwer betroffen. Dann wurden alle mit einem Kündigungsgeld in Höhe von drei Monatsgehältern entlassen. Den ausländischen Lehrkräften stand es frei, in ihre Heimat zurückzukehren. Der Autor und seine Frau blieben und bekamen schnell rassistische und nazistische Tendenzen im Osten zu spüren. Er arbeitete zunächst als Kellner und baute schließlich sein eigenes Handelsunternehmen auf. Nach der Rückkehr in seine Heimat ging er in die Politik und wurde Vizeminister im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Am 25. Oktober 2002 wurde der Autor zum Botschafter in Berlin ernannt mit dem Argument, niemand in der Mongolei würde die Verhältnisse in Deutschland und die Deutschen besser kennen als er; außerdem war der Neubau der Botschaft ins Stocken geraten. Gleich nach seiner Ankunft fuhr er nach Niederschönhausen und besichtigte das verwilderte Grundstück. Mit seiner Familie und einigen Studenten sorgte er für Ordnung, das motivierte auch seine Mitarbeiter; deutsche Freunde halfen mit. So entstand die modernste und komfortabelste mongolische Mission in Europa. Problematisch war seine Akkreditierung bei Bundespräsident Johannes Rau im Schloss Bellevue. Die deutschen Würdenträger kleiden sich zu diesem offiziellen Anlaß meist in Frack oder Cuteway, die Diplomaten ebenso oder in Nationaltracht. Bei Mongolen gehört dazu ein langes Messer, das zusammen mit einer silbernen Schale und einem Feuerstein an einer Kette am Gürtel befestigt ist. Beim Betreten der Jurte als Gast wird das Messer an der Kette hängend getragen zum Zeichen der friedlichen Absicht. Das deutsche Protokoll hätte aber nicht mal eine Nagelfeile zur Akkreditierung genehmigt. Nach längeren Erklärungen des Botschafters und nach Rücksprache mit der Sicherheit und wegen des deutschen Verständnisses für fremde Kulturen wurde

Seine Exzellenz dann doch in vollständiger Tracht zu unserem Staatsoberhaupt vorgelassen und führte mit ihm eine angenehme Unterhaltung. Nach zwei Jahren als Botschafter kehrte er in seine Heimat zurück und wurde Parlamentarier und Minister für Ernährung und Landwirtschaft. Seine deutschen Erfahrungen sind ihm dabei wichtig, einige unserer Aufbauleistungen nach Krieg und Teilung hält er für beispielhaft.

Dendev Terbishdagva kennt Deutschland und die Deutschen seit 1975. Sein Buch ist leicht und gut lesbar und auch bei Passagen über seine Heimat verständlich formuliert. Es wurde offenbar sehr gut lektoriert, was nicht selbstverständlich ist. Für am Blick auf Deutschland von innen und außen und aus verschiedenen beruflichen Perspektiven Interessierte sei es empfohlen, es vermittelt auch wichtige Fakten zur Mongolei, ihren Traditionen und ihrer jüngeren Vergangenheit.

*Enrico Seewald*

**Michael Gehler/Oliver Dürkop: Deutsche Einigung 1989/1990. Zeitzeugen aus Ost und West im Gespräch, Reinbek: Lau-Verlag, edition olzog 2021, 1838 Seiten, 48 Euro**

*Kontext*

Michael Gehler, Österreicher mit deutschen Wurzeln und Freund wie Verfasser dicker Bücher (*Modellfall für Deutschland? Die Österreichlösung mit Staatsvertrag und Neutralität 1945 bis 1955*, Innsbruck u. a. 2015, 1 382 Seiten!) legt hier mit dem publizistisch ausgewiesenen und vor allem im Bereich der oral-history tätigen Oliver Dürkop einen Zeitzeugenband zur deutschen Zäsur von 1989/90 vor, der in den Dimensionen gut und gerne an Tolstois *Krieg und Frieden* erinnert. Michael Gehler hat an seinem Institut in Hildesheim ein erstaunlich produktives zeitgeschichtliches Zentrum etabliert. Die Schwerpunkte sind die Geschichte der europäischen Integration bis in die Gegen-

wart – Stichwort Brexit –, sowie die Konstellationen in und um Deutschland wie Österreich in der Zeit des Kalten Krieges, auch mit den diversen Wechselbezügen. Chronologisch reicht der Bogen von den fünfziger Jahren bis zum EU-Beitritt Österreichs am 1. Januar 1995, also sowohl nach dem Ende der Sowjetunion 1991 als auch noch während der Kanzlerschaft Helmut Kohls, der sich für die österreichische Europabindung immer stark engagiert hatte. Gehler gehört nicht zuletzt mit seinem langjährigen Innsbrucker Kollegen Rolf Steininger und – auf die Berliner Szene bezogen – Henning Köhler zu jener „Schule“, die die These von den durch den bundesdeutschen Gründungskanzler Konrad Adenauer bewusst ausgeschlagenen Chancen zu einer frühzeitigen deutschen Wiedervereinigung vertritt. Anders als die österreichische Führung, der dann im Frühjahr 1955 der Abschluss des Staatsvertrages mit den vier Siegermächten gelang, habe Bonn es stets vermieden, auf sowjetische Vorstöße einzugehen. Was Adenauer um der für prioritär gehaltenen Verfestigung der Westbindung der alten Bundesrepublik zuliebe versäumt habe, habe dann Helmut Kohl sozusagen 1989/90 nachgeholt. Ob das alles so tragfähig ist (und man die Zeiten Gorbatschows in Analogie zu denen Stalins, Molotows und sodann Chruschtschows sehen kann), sei hier dahingestellt. Umgekehrt neigen ja viele Kenner der Materie eher der These zu, die Wiederherstellung der österreichischen gesamtstaatlichen Souveränität in Verbindung mit einem neutralen Status sei nur im Zusammenhang mit der strikten Westbindung der alten Bundesrepublik möglich geworden. Nur unter dieser Voraussetzung habe man, wenn auch mit einigen Bauchschmerzen, in den westlichen Hauptstädten hinreichend konsolidierte Verhältnisse im Sinne der eigenen Sicherheitspolitik für die Mitte Europas erkennen können. Wie auch immer, Gehler ist in den deutschen wie in den österreichischen Dingen unheimlich passioniert. Jüngste Frucht seines

Engagements ist der hier zu präsentierende Band mit teilweise umfänglichen Zeitzeugeninterviews. Im Wesentlichen geht es um ost- wie westdeutsche Akteure, was unmittelbar die DDR anbelangt sowohl um Träger des alten Regimes wie auch Gestalter und Moderatoren der sogenannten „Friedlichen Revolution“ und des Übergangs in die neuen gesamtdeutschen Verhältnisse. Die Interviews gliedern sich in die Kategorien I. Akteure des Übergangs zwischen Erhalt, Reform und Transformation der DDR, II. DDR-Bürgerrechtler und Mitgestalter der deutschen Einheit, III. Banken, Finanzen, Wirtschaft, Industrie und Treuhand, IV. Minister und Politiker in verschiedenen Bereichen (sowohl aus der Bundesrepublik wie auch aus der DDR), V. Ober- und Regierende Bürgermeister mit grenzüberschreitender Stadtpolitik: Dresden – Berlin – Hannover, VI. Berater, Diplomaten und Entscheidungsträger, VII. Innere und äußere Sicherheit: Abrüstung, Verteidigung und Spionage, VIII. Kulturpolitik, Kommunikation und Medienvertreter, IX. Gewerkschaftsfunktionäre, X. Eigene Erfahrungen: Frauen in der DDR, XI. Die Einigung aus der Berliner Erfahrung und das Urteil des Historikers mit zukünftiger Forschungsperspektive. Die Interviews, auch in Verbindung mit Vorträgen der Befragten am Standort Hildesheim, wurden über einen sehr langen Zeitraum von ca. eineinhalb Jahrzehnten geführt, so mit Egon Bahr, der 2015 verstarb, 2009. Die Umfänge unterscheiden sich gravierend, der Abdruck des Gespräches mit Lothar de Maizière absorbiert fast 100 Druckseiten, am quantitativ wenigsten ließ sich Walter Momper aus der Reserve locken, seine Aussagen nehmen ganze vier Druckseiten in Anspruch.

Ohne Zweifel hat die Gruppe um Michael Gehler hier ein erstaunliches Produkt erstellt. Unterhalb der Berichte der einschlägigen Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages zum Thema wie der diversen Dokumentenbände dürfte es das

Umfänglichste und an vielen Stellen Originellste sein, was derzeit überhaupt zur deutschen Zäsur 1989/90 verfügbar ist. Hier zeigt sich zugleich, was engagierte kleinere wissenschaftliche Einheiten mit Leidenschaft und Esprit neben den großen Forschungstankern Institut für Zeitgeschichte München/Berlin und ZZF Potsdam mit deren sehr viel größeren und sehr viel komplexeren Strukturen zu leisten vermögen, ein mahnendes Beispiel für die Notwendigkeit gelebter Pluralität gerade in der Zeitgeschichtsforschung. Eine Paradoxie mag zugleich darin liegen, dass die Breite und Vielfalt von Akteuren und Themen, die hier zur Sprache kommen, förmlich dazu provoziert zu fragen, was idealerweise vielleicht noch hätte relevant sein können: Zum Beispiel die Bereiche der Kirchen, des Militärs auf der westdeutschen Seite, der Justiz, des Sports, der Belletristik wie des Journalismus im Printbereich. Dazu wäre vielleicht mehr Internationalität ratsam gewesen. Mit zwei Ausnahmen, dem früheren österreichischen Botschafter auf deutschem Boden Friedrich Bauer und dem britischen Diplomaten Colin Munro, begegnen uns in diesem Band nur deutsche Stimmen.

#### *Das Berliner Spielfeld: Momper und Diepgen*

Die Interviews unterscheiden sich nicht nur quantitativ erheblich, sondern auch qualitativ: Exemplarisch zeigen das die Präsentationen der beiden Regierenden Bürgermeister Berlins im hier im Zentrum stehenden Zeitraum, des Sozialdemokraten Walter Momper, der vom 16. März 1989 bis zum 24. Januar 1991 damals noch im Schöneberger Rathaus amtierte, sowie das Gespräch mit seinem Vorgänger wie Nachfolger Eberhard Diepgen (Regierender Bürgermeister vom 9. Februar 1984 bis zum 16. März 1989, sowie vom 24. Januar 1991 bis zum 16. Juni 2001). Die „wunden“ Punkte aus der knappen Amtszeit Walter Mompers, die aber eben die entscheidenden Monate vom Mauerfall bis zur Wiedervereinigung abdeckte, kommen kaum zur Sprache: Die

strikte Antihaltung seines Koalitionspartners, der Alternativen Liste, gegenüber jeglicher Wiedervereinigungsoption, die beschämende Brüskierung von Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Abendkundgebung vor dem Schöneberger Rathaus am 10. November 1989, Mompers Sprachregelung von einem Wiedervereinigungsgequatsche im Gespräch mit dem österreichischen Bundeskanzler Vranitzky wenige Wochen später (Vranitzky selbst stand der deutschen Wiedervereinigung in etwa so distanziert gegenüber wie der französische Staatspräsident François Mitterrand) und sodann der Kurswechsel des jedenfalls ursprünglichen Wiedervereinigungsgegners Walter Momper zu einem immer offensiveren Fordern gegenüber den Bonnern, die den Berlinern angeblich bei der technischen Durchführung und finanziellen Unterfütterung des Zusammenwachsens in Berlin nicht hinreichend unter die Arme griffen.

Vermutlich ist es ja die Tragik in der politischen Biografie Eberhard Diepgens, dass gerade er, dem die nationale Frage ein zentrales Anliegen war, genau dann nicht auf der Brücke des (West-)Berliner Staats- und Stadtschiffes stand, als sich an der Spree der revolutionäre Wandel vollzog. Bei Diepgen wird die typische Distanz des Berliner Justemilieu gegenüber der alten Bundesrepublik und ihrer rheinischen Schwerpunktbildung greifbar. Mehrfach nimmt er das Wort von „Rheinbund“ in den Mund, eine schon etwas böse Assoziation mit dem Napoleon-hörigen Rheinbund aus der Zeit der französischen Vorherrschaft in Europa. Zuletzt hatte der *Spiegel*-Gründer und Herausgeber Rudolf Augstein in seinen Leitartikeln unter dem Pseudonym Jens Daniel aus den fünfziger Jahren die alte Bundesrepublik als „Rheinbund“ etikettiert, wenn er emotional die angeblich anationale, profranzösische Integrationspolitik des Gründungskanzlers Konrad Adenauer emotional attackierte. Und muss man nicht auch hinzufügen, dass die „Rheinbündler“ in Bonn, mit Konrad Adenauer an der Spitze, mit

die entscheidenden Garanten dafür waren, dass zumindest der westliche Teil Berlins die sogenannte zweite Berlin-Krise von 1958 über den Mauerbau hinweg bis etwa 1962 fast unbeschadet überstand, von der Vielzahl an finanziellen Transfers und Steuererleichterungen vom Rhein an die Spree ganz abgesehen? Deutlich wird bei Diepgen auch, wie zerrissen die CDU im Westen Berlins wie auch in der gesamten alten Bundesrepublik 1989/90 in der Frage war, auf welche politischen Kräfte man nun eigentlich als Partner beim Neubeginn in der DDR setzen sollte. Viele Unionsleute aus dem Westen Berlins setzten auf die zumindest partiell neu formierte Ost-CDU unter ihrem neuen Vorsitzenden Lothar de Maizière, der Bonner Apparat mit dem noch frisch im Amt agierenden Generalsekretär (und Geißler-Nachfolger) Volker Rühle hielt hingegen die alte Block-CDU für weithin unheilbar kontaminiert. Am Ende stand jedenfalls der grandiose und zumeist unerwartete Wahlerfolg der Allianz für Deutschland bei der Volkskammerwahl vom 18. März 1990, der die CDU im Osten jedenfalls machtpolitisch neu entstehen ließ und der zugleich dem Wiedervereinigungskanzler Helmut Kohl national und international neue Schubkraft verlieh.

#### *Die Außenpolitiker – Von Bahr bis Teltchik*

So wenig befriedigend wie das Interview mit Walter Momper ist das mit dem entspannungspolitischen Schlachtross der SPD, Egon Bahr. Bahr, der über die Jahrzehnte als ein imaginiertes zweites Metternich an gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen gebastelt hatte, bei denen normative Fragen im West-Ost-Kontrast so wenig eine Rolle spielen sollten wie die NATO und amerikanische Präsenz auf dem europäischen Kontinent möglichst marginalisiert werden sollten, wurde leider nicht zu zwei wesentlichen Komplexen seiner mehr oder weniger eigenständigen Deutschland- und Außenpolitik befragt: Einmal zu seiner Rolle bei der Nebenaußenpolitik der SPD in den achtziger

Jahren, als diese seit dem Amtsantritt Helmut Kohls im Oktober 1982 aus der Oppositionsrolle heraus agieren musste (darunter zumal seine Gespräche mit der DDR-Führung zur Unterstützung der Kanzlerkandidatur von Johannes Rau 1987, Stichwort: Unterbindung des Asylbewerberzustroms vom Osten in den Westen Berlins, Relativierung der gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit bei Dehnung des juristisch irgendwie noch Machbaren) sowie seine Gespräche im Herbst 1989 und im Frühjahr 1990 mit führenden Vertretern des ZK-Apparates in Moskau: Dabei ging es Bahr darum, möglichst viele von seinen ursprünglichen Ideen von mitteleuropäischen wie gesamt-europäischen Sicherheitssystemen zu retten und die sowjetische Seite dazu aufzufordern, in der Frage der NATO-Zugehörigkeit eines wiedervereinigten Deutschlands möglichst hartnäckigen Widerstand zu leisten. Gerade vor diesem Hintergrund findet sich eine besondere Lesefrucht in dem Interview mit dem – sozialdemokratischen – ersten DDR-Außenminister Markus Meckel, nach der Bildung der Regierung de Maizière als zunächst „Große Koalition“: „Bahr wollte bei mir Staatssekretär werden. Das lehnte ich ab, weil ich kein Interesse daran hatte. Nach meiner Erinnerung hatte ich noch zweimal ein Gespräch mit ihm. Zu diesem brachte er Valentin Falin mit. (...) Nachträglich bestätigte sich, dass auch Bahrs Politik, mit dem Kanal in die KPdSU zu setzen (sic!), der falsche Weg gewesen wäre. Schewardnadse war der Akteur, auf den man setzen und dem man auch vertrauen konnte, der eine ganz andere Linie verfolgte.“ (463). Nun war Meckel ja alles andere als ein Gefolgsmann der Linie des Bundeskanzlers in Bonn, im Gegenteil: er „nervte“ mit seinen eher gesinnungsethischen Positionen, nicht zuletzt mit dem Bestehen auf einer endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zu Polen noch vor der Wiederherstellung eines gesamtdeutschen Souveräns, ferner mit der Betonung von besonderen Beziehungen

der DDR zu den anderen Staaten des sowjetischen Vorfeldes und gewiss auch mit mancherlei gesinnungsethischen Über-spitzungen. Umso bemerkenswerter, welche Distanz er zu Bahr und dessen diplomatischen Winkelzügen erkennen ließ. Als Pendant auf der gewissermaßen anderen Seite erscheint Kohls außenpolitischer Chefberater Horst Teltschik, der hier immerhin über an die 35 Seiten berichtet. Aus Teltschik sprechen mit dankenswerter Offenheit der Konflikt zwischen Kanzleramt und Auswärtigen Amt bzw. – personifiziert – zwischen Bundeskanzler Kohl und Bundesaußenminister Genscher. Teltschik war 1989/90 im Gegensatz zu Bahr und wohl auch im zumindest partiellen Gegensatz zu Genscher als unbedingter Anhänger einer fortdauernden Westbindung des dann wiedervereinigten Deutschlands Gegenspieler nicht weniger Diplomaten im Auswärtigen Amt. Wie sehr da unter dem Tisch gegeneinander gearbeitet wurde, offenbart unter anderem seine Irritation darüber, dass dem Kanzleramt wesentliche Protokolle des außenpolitischen Apparates nicht vorgelegt worden seien, namentlich die Aufzeichnungen über die Gespräche des Bundesaußenministers mit seinem sowjetischen Partner Eduard Schewardnadse. Umgekehrt war man im Auswärtigen Amt natürlich einigermaßen sauer darüber, dass Kohl zwar neben seiner Ehefrau Teltschik zu den entscheidenden Gesprächen mit der US-amerikanischen Führung von Ende Februar 1990 nach Camp David mitnahm, dass aber Genscher nicht dabei sein durfte. Er hatte einen Monat zuvor in Tutzing so etwas wie einen sicherheitspolitischen Österreich-Status für die DDR im Kontext der Lösung der deutschen Frage skizziert, jedenfalls nach Lesart des Herausgebers Michael Gehler. Für US-Präsident Bush kam so etwas definitiv nicht infrage: Wenn Deutschland insgesamt weiterhin grundsätzlich der NATO angehören sollte, dann mussten jedenfalls Bündniszusagen unvermindert auch unmittelbar für das Territorium der (Ex-) DDR gelten. Und Kohl schickte Teltschik

bekanntlich im Frühjahr 1990 mit den führenden westdeutschen Bankiers nach Moskau, um der Sowjetunion aus finanziellen Engpässen zu helfen – und damit auch das Terrain für die weitere sowjetische Konzessionsbereitschaft bei der sicherheitspolitischen Flankierung des deutschen Wiedervereinigungsprozesses zu bereiten.

Umso bedauerlicher ist, dass der Band keine ähnlich ausführliche Positionierung aus dem Apparat des Auswärtigen Amtes selbst enthält. Das sehr umfangliche Gespräch mit dem zeitweiligen bundesdeutschen Ständigen Vertreter in Ost-Berlin Hans Otto Bräutigam kann diese Leerstelle nicht füllen, Bräutigam vermag nicht ähnlich dicht wie Teltschik über die unmittelbaren operativen Abläufe 1989/90 Rede und Antwort zu stehen. Der Punkt ist in seinem Falle ein anderer: Einmal geht es grundsätzlich darum, wie sich große Teile des außenpolitischen Bonner Apparates in der Hochzeit der Entspannungspolitik Brandtscher Prägung wie in den Mühen der Ebene in den folgenden eineinhalb Jahrzehnten zu Situation und Perspektiven in Mitteleuropa positionierten. Mehr indirekt als direkt spricht aus Bräutigams Ausführungen eine diplomatische Schule, welche im Grunde immer vom allenfalls modifizierten Fortbestand des gegebenen Status quo ausging. Nicht nur war offenkundig in der Perspektive dieser diplomatischen Schule so etwas wie der revolutionäre Urknall vom Spätherbst 1989 außerhalb jeglicher Betrachtung. Mehr noch: Selbst in der Rückschau entspannungspolitischer Chefdiplomaten klingt hier so etwas wie ein leises Bedauern darüber nach, dass nicht im Gegensatz zum deutschen Nationalstaat so etwas wie eine Konföderation oder eine mehrstaatliche deutsche Repräsentanz in der Europäischen Union etabliert wurde, Bräutigam wörtlich in seinem Resümee: „Diese Fragen fand ich schon immer sehr interessant, sowohl die Möglichkeit von zwei deutschen Staaten in der Europäischen Gemeinschaft oder eine deutsch-deutsche

Konföderation und wie diese im Einzelnen ausgesehen hätte.“ (1 146) Davon ganz abgesehen, dass nicht ersichtlich sein kann, wie eine fortbestehende DDR ökonomisch hätte überleben sollen und können – wäre sie etwa von Frankreich und Italien innerhalb der europäischen Integration alimentiert worden? – ist doch auch bemerkenswert, wie sehr Expertenwissen und Expertenhabitus dazu verleiten können, die Möglichkeit einer grundsätzlichen Infragestellung des Status quo überhaupt nicht mehr denken zu wollen bzw. zu können.

Kanzleramtsminister Seiters führte zumal im Spätherbst 1989, nach dem Fall der Mauer, wesentliche Gespräche mit der Nach-Honecker-Führung unter dem neuen Staatsrats- wie SED-Vorsitzenden Egon Krenz und dem neuen Regierungschef Hans Modrow. Diese sind in den ja veröffentlichten Akten des Bundeskanzleramtes detailliert nachzulesen; so lässt sich verschmerzen, dass Seiters im Interview selbst nur relativ knapp Auskunft über seine damaligen Begegnungen gibt. Denn immerhin war es eine wichtige Station der damaligen innerdeutschen Entwicklung, dass Seiters die bundesdeutsche Unterstützung des beginnenden Reformprozesses in der DDR von so grundlegenden Reformen abhängig machte, dass damit das Machtmonopol der SED unmittelbar herausgefordert war. Freie Wahlen sollten nun wirklich freie Wahlen sein, dieser Einschnitt in der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte, der die SED-Diktatur nun auch von außen ins Wanken brachte, ist leider in der Zeitgeschichtsforschung nicht hinreichend gewürdigt worden. Das mag auch daran liegen, dass Seiters eben nicht mit einer so hegemonialen Persönlichkeitsstruktur aufzutrupfen verstand wie der Bundesaußenminister, der sich immer als Naturtalent zeigte, wenn es galt, sich zu inszenieren.

*Zwei (ost-)deutsche Bildungsbürger: Lothar de Maizière und Richard Schröder*  
Zum Ende hin der Bezug zu zwei bildungsbürgerlichen Schwergewichten aus

der deutsch-deutschen Revolutionszeit von 1989/90, dem Hugenottenabkömmling, Bratschisten und Rechtsanwalt Lothar de Maizière und dem Theologen und Philosophen Richard Schröder: Lothar de Maizière lässt nicht nur, wie zu erwarten, Kritik an Helmut Kohl erkennen, der ihn weitgehend zu vereinnahmen versuchte, wie er das vom CDU-Mittelbau in der alten Bundesrepublik nun einmal so gewohnt war. Bei de Maizière kann man nicht zuletzt das durchaus erfolgreiche Bemühen nachlesen, sich gegenüber sowjetischer Führung wie gegenüber sowjetischer Diplomatie mit ihrem Sitz in der sowjetischen Botschaft Unter den Linden zu emanzipieren, ähnlich wie wohl auch die neue tschechoslowakische Führung unter Václav Havel in Prag wie auch die neue polnische Führung mit ihren nicht-kommunistischen Komponenten unter Premier Mazowiecki. Und de Maizière weist genüsslich darauf hin, dass und wie die Syntax des Deutschen in der alten Bundesrepublik unter angelsächsischem Einfluss Schaden genommen habe. Genitiv und Dativ seien zu Opfern der Amerikanisierung geworden – diese ostdeutsche Revanche musste wohl sein. Richard Schröders Status als Pfarrer, Theologe und Philosoph war, darauf weist er förmlich genüsslich hin, nicht durch Zeugnisse ausgewiesen, die er an staatlichen DDR-Hochschulen hätte erwerben können. Der Apothekersohn aus bürgerlicher Familie durfte nicht einfach an eine Universität, es blieb nur der Weg über die Qualifizierung mittels kirchlicher Hochschulen. Und ein zweites ist bei Schröder bemerkenswert: Anders als die meisten Theologinnen und Theologen auch im wiedervereinigten Deutschland hat er einen nüchternen Blick für das wirtschaftlich Machbare, Sinnvolle und Finanzierbare – und eben auch dafür, dass es wenig Sinn macht, Projekte zu verfolgen, die nur Kosten und keine Erträge einbringen. Und er hat offenkundig eine gesamtdeutsche, nationale DNA, bei allem, was dazu kritisch mitbedacht werden muss. Zum Ökonomischen bei Schröder: „Aus einem ganz anderen

Grund befürwortete ich die Währungsunion: Im Interesse der Einheit, lieber mit ruiniertes Wirtschaft in der Einheit als mit ruiniertes Wirtschaft allein bleiben.“ (525); zur Ablehnung der deutschen Wiedervereinigung in den „progressiven“ Kreisen Westdeutschlands: „Im Mai 1990 fand in Frankfurt am Main eine Demonstration statt. In erster Reihe: Claudia Roth, Angelika Beer und Jutta Dittfurth von den Grünen. Sie trugen ein Plakat, das über die ganze Breite der Straße reichte mit dem Schriftzug: „NIE WIEDER DEUTSCHLAND! GEGEN DIE ANNEXION DER DDR! GEGEN DEN DEUTSCHEN NATIONALISMUS!“ (sic!, 522). Immerhin eine der drei genannten Politikerinnen ist immer noch im Geschäft und jetzt als Staatsministerin für Kultur und Medien unter anderem für die an die SED-Diktatur gemahnenden Gedenkstätten wie für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz zuständig. Man wird sehen, welche Lernkapazitäten sich hier zu entfalten vermögen.

Die von Michael Gehler und Oliver Dürkop herausgegebene Zeitzeugenband zur deutschen Geschichte 1989/90 ist bei allen Auffälligkeiten und unvermeidlichen Einschränkungen ein erstaunliches und beachtliches Werk. Auch der Leser, der das Buch in der Annahme zur Hand nimmt, das meiste ohnehin schon zu wissen, wird faktisch, vor allem aber atmosphärisch deutlich dazu gewinnen. Dass nicht jeder und alles zur Sprache kommen können, liegt auf der Hand. Die Relativierung, die am Ende zu machen ist, bezieht sich daher eher auf einen gewissermaßen didaktischen Aspekt: Vor allem jener Rezipient wird von diesem Band profitieren, der ihn bereits mit Vorkenntnissen in die Hand nimmt. Man sollte schon einigermaßen wissen, was 1989/90 in und um Deutschland geschah und welche Figur auf dem Schachbrett mit welcher Prägung welche Rolle einnahm oder zumindest einzunehmen glaubte.

*Peter März*

**Wolf Oschlies: Michail Gorbačëv, Klagenfurt: Wieser Verlag 2022, 296 S., 21,- €**

Biographien und Lebensbeschreibungen des ersten und zugleich letzten Präsidenten der Sowjetunion Michail Gorbačëv liegen bereits vor, darunter die beachtenswerten Studien von William Taubman und Ignaz Lozo. Das vorliegende Porträt des Politikwissenschaftlers Wolf Oschlies, der als renommierter Slavist die korrekte wissenschaftliche Transliterationsschreibweise „Gorbačëv“ wählt, hebt sich in markanter Weise davon ab. Oschlies widmet sich in kurzer Skizzierung einzelnen Lebensstationen Gorbačëvs, um in eindrucksvoller Weise damit verbundene kulturelle wie politische Hintergründe auszuleuchten. In seiner selbst gestellten Aufgabe möchte sich Oschlies mit drei Themenbereichen beschäftigen: „Erstens mit G Gorbačëvs Leben und Werdegang, zweitens mit seinen so `unrussischen´ Reformen und Neuerungen und drittens mit dem `schlagenden´ Kontrast zwischen internationaler Wertschätzung für ihn und allrussischen Hass gegen ihn“.

Es entbehrt nicht einer traurigen Ironie, dass das vorliegende Porträt „Michail Gorbačëv“ kurz nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine am 14. Februar 2022 erschienen ist. Fragen politischer Beobachter und der Weltöffentlichkeit, wie es soweit hatte kommen können, werden in Wolf Oschlies' Untersuchungen auf geradezu frappierende Weise aufgedeckt.

Nicht zuletzt anhand einer langjährigen Lektüre russischer Zeitschriften und Veröffentlichungen bezüglich der Einschätzungen der politischen Leistungen Michail Gorbačëvs beobachtet Wolf Oschlies eine merkwürdig aggressive Stimmungslage. Die Diskussionen im Land kreisen um die Frage, ob Gorbačëvs Reformpolitik lediglich den Ausdruck eines verwirrten Dummkopfes darstellt oder ob nicht doch ein handfester Verrat am Land vorliegt. Wenn lauthals bedauert wird, dass Gorbačëv „unsere“ Länder wie die

baltischen Staaten, aber auch Polen, Ungarn oder die Tschechoslowakei „verschleudert“ habe, kommt damit zum Ausdruck, dass die Rolle der Sowjetunion als Unterdrücker nicht einmal im Ansatz verstanden wurde.

Eine gediegene landeskundliche Kenntnis lässt Wolf Oschlies historische Tabus ebenso thematisieren wie ungesunde Wucherungen eines übersteigerten Nationalismus. Als einen Aspekt der sowjetischen Erbmasse führt er Beispiele heutiger Geschichtsvergessenheit vor. Zuweilen greift Oschlies auf erfrischende Beispiele zurück, wenn er etwa den DDR-Kabarettisten Peter Ensikat zitiert: „Offiziell waren die Russen unsere Befreier. Privat wußte man natürlich: Die Russen klauen uns erst die Fahrräder und hinterher behaupten sie, sie hätten sie erfunden“.

Das ideologische, politische und soziokulturelle Erbe der Sowjetunion ist, trotz zaghafter Ansätze während Gorbačëvs Reformära, nie wirklich aufgearbeitet worden. Im Gegenteil. In zunehmend unverfrorener Weise wurde an der Vision eines russischen Imperiums gezimmert, welches es in der Geschichte in dieser Form nie gegeben hat. Unreflektiert wird der nostalgischen Sehnsucht nach einer vermeintlichen Größe und Stärke des Landes während der Jahrzehnte sowjetischer Diktatur gefrönt.

Gerade anhand der diskutierten Wirkungsgeschichte Michail Gorbačëvs im eigenen Land zeigt Wolf Oschlies jene unselige Saat auf, welche seit dem Ende der Sowjetunion im Dezember 1991 in drei Jahrzehnten herangereift war und im heutigen Russland als vergiftete Ernte eingefahren wird. Wer den Niedergang einer menschenverachtenden und ineffizienten Diktatur als geostrategische Katastrophe empfindet, hat kein Problem damit, Gewalt gegen Andersdenkende im Inland wie in der Nachbarschaft einzusetzen. In sowjetischer Gleichgültigkeit wird menschliches Leid ausgeblendet.

Ein militärisches Vorgehen seitens Russlands lag schon lange in der Luft und hatte sich spätestens mit der völkerrechtswidrigen Annektierung der Insel Krim im Frühjahr 2014 gezeigt. Dass im militärischen Handeln Russlands der Kampf gegen den „Faschismus“ bemüht wird, ist nichts Neues. So galten etwa in der offiziellen Lesart zu DDR-Zeiten Mauer und Stacheldraht, welche Deutschland durchtrennten, als „antifaschistischer Schutzwall“.

Es wird für Russland ein schmerzhafter Prozess werden, lernen zu müssen, dass es in der jüngeren Geschichte nicht nur Opfer der nationalsozialistischen Aggression war, sondern mittlerweile auch selbst zu einem Täter geworden ist.

Oschlies' gediegene Einblicke in das politische Seelenleben Russlands lassen im Fortgang auch Einblicke in die Machtstrategien jener politischen Kaste im Kreml zu, die sich anmaßt, im Namen eines ganzen Volkes zum Wohl des Landes zu handeln. Mit dem Herauskatapultieren Russlands aus der modernen Zivilisation hat sich jedoch eine korrupte und moralisch diskreditierte Nomenklatura des Verrats an Russland schuldig gemacht.

*Volker Strebel*

**Steffen Mau: Sortiermaschinen. Die Erfindung der Grenze im 21. Jahrhundert, München: C.H. Beck Verlag 2021, S. 189, 14,95 Euro**

Maus Buch spürt der Frage nach, wie Grenzen im 21. Jahrhundert funktionieren. Seine Überlegungen gewinnt er insbesondere vor dem Hintergrund einer alternativen Deutung der Globalisierung. Zwar hatte es nach den Transformationen der 1989 bis 1991er Jahre den Anschein, als hätten Grenzen sich überlebt (was sich auch mit vielen sozialwissenschaftlichen Analysen dieser Zeit deckt), heute – knapp dreißig Jahre später – muss wohl konstatiert werden, dass Grenzen zurück sind. So lässt sich *Sortiermaschinen* entnehmen, dass in den 1950er Jahren lediglich zwei

Grenzen errichtet wurden, die der Kategorie der sehr stark gesicherten Grenzen entsprachen. Im Anschluss stieg die Zahl bis in die 1980er allmählich an, „bis sie nach dem Zerfall der Sowjetunion vorübergehend wieder leicht abnahm. Seit der Jahrtausendwende wurden dann aber mehr fortifizierte Grenzen errichtet als in den fünf Dekaden davor“ (53)

Entsprechend darf Globalisierung, laut Mau, nicht ausschließlich als Prozess der Entgrenzung und Öffnung verstanden werden. „Auch und gerade unter Bedingungen der Globalisierung setzen Grenzregime territoriale Kontrolle und Selektivität durch, sind machtvolle Sortiermaschinen der globalisierten Welt.“ (15) Hierbei hebt der Verfasser hervor, dass Grenzen im 21. Jahrhundert ihre Funktionslogik verändert haben. Ein Ensemble von Kontrollorten, Kontrolltechnologien und Kontrollinfrastrukturen kanalisiert und verhindert Mobilität – kann sie aber auch ermöglichen. Der Kontrollposten am Rande des Flächenstaats, wie er auch für die ehemaligen sozialistischen Länder kennzeichnend war, wird somit zum Auslaufmodell. Die Grenze entfernt sich von der Grenzlinie „und greift räumlich weit über den nationalen Container hinaus“ (18). Auch wenn der Fall der Berliner Mauer im kollektiven Gedächtnis vielfach als ein Moment der Öffnung wahrgenommen wurde, hebt der Verfasser hervor, dass bereits vor 1989 „die langfristige soziale, politische und ökonomische Transformation“, die unter dem Begriff der Globalisierung zusammengefasst werden könnte, „für Fragen der Öffnung dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs mindestens genauso wichtig“ war (40). Dies kann selbstverständlich nur einleuchten, übernimmt man das bereits angedeutete Globalisierungsverständnis des Autors, das die Dialektik von Öffnung und Schließung pointiert und meines Erachtens das Herzstück seines Buchs bildet.

Paradigmatisch trägt Mau dieses Verständnis vor, wenn er Grenzen als „semi-permeable Membranen“ (80) bezeichnet,

die nur für bestimmte Elemente, beispielsweise Personenkategorien, durchlässig sind. Laut der These seines Buchs verstärkte sich diese Filterfunktion im Zuge der Globalisierung. Grenzen werden auf „den ersten Blick [...] offener, auf den zweiten Blick wählerischer, auf den dritten Blick rigider – je nachdem, um welche Gruppe es sich handelt“ (80). Somit wirkt die Globalisierung nicht nur öffnend, sondern sie schafft und verstärkt Grenzen auch. Die Grenze verschwindet nicht. Vielmehr sei bei näherer Betrachtung „von einer Neuerfindung, Härtung und Versicherheitlichung der Grenze unter Bedingungen der Globalisierung auszugehen“ (153).

Dabei sei die Grenze heute „keine einzelstaatliche und auf das nationale Territorium beschränkte Angelegenheit“. Sie bezeichnet vielmehr eine „komplexe und internationalisierte Sortiermaschine, ein Ensemble aus rechtlichen Regelungen, Kontrollinstanzen, der Inanspruchnahme anderer Staaten, Daten und Technologie.“ (154). In diesem Sinne führt der Verfasser aus, dass die alte Grenze, wie sie beispielsweise auch für die DDR kennzeichnend war, eine Personengrenze war, die *grosso modo* alle gleichermaßen kontrollierte, während im 21. Jahrhundert nach Grenzpersonen diskriminiert wird – „es ist eine individualistische Grenze“ (156).

Unklar ist, ob Maus idealtypische Unterscheidung in dieser Form wirklich haltbar ist. Finden sich nicht schon viele Aspekte des neuen Grenzregimes auch in den Grenzregimen des 20. Jahrhunderts? Außerdem wäre zu hinterfragen, ob die These einer Öffnungsglobalisierung wirklich derart prominent vertreten wurde bzw. ob nicht auch die Herausforderung dieser These bereits älteren Datums ist. Dennoch: Maus Essay ist eine wohlgeordnete Ansammlung empirischer Einsichten und scharfer Beobachtungen, die er immer wieder mit seiner grundsätzlichen These verknüpft.

*Simon Clemens*

**Victor Manuel Lafuente: Die Beziehungen zwischen Argentinien und der DDR 1945 – 1990. Internationale Akteure im Spannungsfeld des Kalten Krieges, Böhlau Verlag: Köln/Wien, 2022, 594 Seiten, 80,00 Euro.**

In der Dissertation von Victor Manuel Lafuente konnte ich mich von der Nähe des Peronismus zu realsozialistischen Ideen vergewissern bzw. von dessen Ferne vom ideologischen Liberalismus. Der Namensgeber, General Juan D. Perón, war Staatspräsident von Argentinien von 1946 bis 1955 und von 1973 bis 1974. Ebenfalls hatten mich immer die liberalen und republikanischen Ideen von Staatsmännern wie Domingo Faustino Sarmiento, Hipólito Yrigoyen oder Raúl Alfonsín beeindruckt. Sarmiento und Perón repräsentieren in gewisser Maße die gegenseitigen Pole der politischen Ideen in diesem Land. Während Perón den antiimperialistischen Nationalismus verkörperte, war Sarmiento ein Verfechter des Liberalismus.

Der Autor erwähnt das Jahr 1853 mit der Verabschiedung der vom Grundgesetz der Vereinigten Staaten inspirierten Verfassung als Entstehung des modernen argentinischen Staates. Zuvor hatte Diktator Juan Manuel de Rosas regiert. Er unterdrückte die Opposition durch den Terror bewaffneter Banden. Nach einer Revolution floh Rosas nach Großbritannien. Die Modernisierung Argentiniens begann mit mehreren Wellen europäischer Zuwanderer, was Sarmiento und andere Präsidenten förderten. Anfang des 20. Jahrhunderts kamen zahlreiche Wolgadeutsche (S. 36). Der politische und wirtschaftliche Liberalismus in Argentinien dauerte bis etwa 1946. In diesem Jahr wurde Perón zum Präsidenten gewählt. Wie bei Rosas regierte er mit Unterstützung gewaltbereiter Banden. Perón änderte das liberale Grundgesetz von 1853. Die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR (S. 107) durch den „Antikommunisten“ Perón und die Zulassung einer Handelsvertretung der DDR 1954 sind mir

aufgefallen, denn Peróns historisches Alter Ego, der sozialdemokratisch orientierte Präsident Hipólito Yrigoyen, hatte die Beziehungen zu Rußland kurz nach der Oktoberrevolution 1917 abgebrochen.

Perón kehrte von seiner Europareise Ende der 1930er Jahre als Sympathisant von Mussolini und Hitlerdeutschland zurück (S. 97). Lafuente erwähnt die Feier von NSDAP-Mitgliedern in Buenos Aires 1938 mit hiesigen Nationalisten anlässlich des Anschlusses Österreichs an Deutschland im großen Theater „Luna Park“ (S. 40 und 500). Mitten im Krieg 1943 beteiligte sich Perón an einem Putsch gegen die damalige Regierung.

Merkwürdig erscheinen die von Lafuente erwähnten, in der Zeit Peróns bestehenden Beziehungen zwischen verstaatlichten deutschen Unternehmen, sowohl in Argentinien als auch in der DDR. Ein Beispiel war Siemens als Volkseigener Betrieb der DDR. Dieser Konzern wurde auch in Argentinien Ende des Zweiten Weltkrieges verstaatlicht und blieb es während des Peronismus. Dabei war der sudetendeutsche Ingenieur Carlos Krotzsch in Argentinien in Verbindung mit Kollegen des ehemaligen Siemens-Konzerns in der DDR. Eins der am meisten begehrten Produkte aus der DDR waren Motoren für Ölbohrungen für den argentinischen Staatskonzern YPF. Krotzsch war in den ersten Jahren Schlüsselfigur für das Wachstum des beiderseitigen Handels (S. 222). Unter den „Personen mit Beziehungen“, mit denen die DDR den Kontakt pflegte, war ein Funktionär namens Jorge Antonio in der Regierung Perón. Der Funktionär erinnert entfernt an Alexander Schalck-Golodkowski. Beim Putsch gegen Perón 1955 (der *Revolución Libertadora*) wurde das Präsidentenamt bombardiert. Merkwürdigerweise war in der Nähe eine DDR-Delegation während einer Handelstagung einquartiert. Mit der neuen anti-peronistischen Regierung verlor die DDR viele von den erwähnten Kontakten (S. 166). Die neue Regierung veranlasste die Wiedereinführung des liberalen

Grundgesetzes von 1853. Der Staat als Abnehmer von DDR-Produkten fiel wegen der Liberalisierung der Wirtschaft aus. Nur die Motoren für Ölbohrungen wurden weiter geliefert. Die argentinische Seite vermied, in amtlichen Dokumenten die DDR als Staat zu erwähnen. Man nutze Bezeichnungen wie „Währungsgebiet der Deutschen Notenbank“ (S. 188, 189).

1962 schlossen die argentinischen Behörden die Handelsvertretung der DDR. Diese hatte nicht unbedingt mit dem Austausch von Waren und Dienstleistungen zu tun. Dabei wurde Ingenieur Krotzsch als angeblicher DDR-Spion verhaftet. Er sollte geflüchtete NS-Täter entlarven. Wenige Jahre später wurde er freigesprochen. Die CIA ihrerseits versuchte durch alle Mittel die Rekrutierung loyaler DDR-Agenten (S. 468). 1963 wurden fast zehn Tonnen ideologisiertes Material aus der DDR in Argentinien eingeschleust. Ein Jahr später erfolgte die Gründung der binationalen Freundschaftsgesellschaft *Centro Democrático Argentino Alemán* (S. 86), der spätere *Ateneo Humboldt*. Die DDR versuchte, sich als Bewahrerin des deutschen Kulturerbes in scharfem Kontrast zur BRD zu profilieren. Beispielsweise veröffentlichte 1967 der kommunistische Exilant aus Wien, Alfredo Bauer, zusammen mit dem argentinischen Dramaturgen Augustin Curzzani das Buch *„Milagro del Este“* (Das Wunder vom Osten). Dabei wurde die DDR als technisch entwickeltes Land beschrieben, in Anspielung an das Wirtschaftswunder in der BRD (S. 87 und 392).

Mit Unruhe wurde in der Zeitung *Clarín* 1966 die Wahlerfolge in der BRD der rechtsextremistischen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, bzw. des alten NSDAP-Kaders Kurt Georg Kiesinger (damals CDU) veröffentlicht. In dem Jahr putschte General Juan Carlos Onganía in Argentinien. Mir fällt Ongánias Solidarität mit dem Bundeskanzler auf. Daneben unterdrückte Onganía die Proteste im Hochschulmilieu, beispielsweise durch

die „Nacht der langen Schlagstöcke“ (La Noche de los Bastones Largos). Nach Onganias Rücktritt 1970 genehmigte sein Nachfolger, General Alejandro Lanusse, Präsidentschaftswahlen für 1973, wobei der linke Peronist Héctor Cámpora gewann. Dieser nahm diplomatische Beziehungen zur DDR im Juni 1973 auf. Perón kam kurz danach aus seinem spanischen Exil zurück. Nach Cámporas Rücktritt und erneuten Wahlen im September 1973 wurde Perón wieder Präsident. Sein Außenminister Alberto Vignes, der als Funktionär im argentinischen Außenministerium während des Zweiten Weltkrieges Schmiergelder von jüdischen Flüchtlingen erpresst haben soll, boykottierte die Diplomatie zur DDR und zum Ostblock (S. 319-320). General Perón starb 1974. Seine Frau und Nachfolgerin, die bisherige Vizepräsidentin Isabel Perón konnte nicht die Gewalt zwischen Peronisten von Links und Rechts aufhalten. 1976 folgte ein neuer Staatsstreich. Die DDR wollte den Standort Argentinien nicht verlieren, wie im Fall Chile mit dem Putsch 1973 von General Augusto Pinochet. Im Gegensatz dazu wurden keine argentinischen Flüchtlinge aufgenommen und das SED-Organ „Neues Deutschland“ behielt einen gemäßigten Ton bezüglich der Berichterstattung zu Argentinien im Kontrast zu anderen lateinamerikanischen Staaten (S. 446/447).

In Gegenzug genehmigte die neue Diktatur den Import ohne Ausschreibungen von Hafenkranen aus der DDR (S. 400, 450). Außerdem solidarisierte sich die DDR mit Argentinien im Falkland-Krieg gegen Großbritannien 1982 im Südatlantik. Nach Argentinien militärischer Niederlage wurden Präsidentschaftswahlen wieder genehmigt. Eine kleine Meldung im „Neuen Deutschland“ meldete den Wahlsieg 1983 „gegen alle Prognosen“ des sozialdemokratisch orientierten Raúl Alfonsín. Ich finde hier das Auftreten der Kommunistischen Partei Argentinien merkwürdig. Diese unterstützte sowohl den besiegten peronistischen Kandidaten

Italo Luder (S. 452) als auch die Regierung von Isabel Perón 1976 (S. 432). Daneben kam Hermann Axen während eines Besuches bei Präsident Alfonsín 1986 „kein Wort des Lobes für den demokratisierenden Prozess in Argentinien über die Lippen“ (S. 463). Im Kontrast waren die Beziehungen der DDR zum Peronismus viel konstruktiver. Bei einem Gespräch mit dem DDR-Botschafter Walter Neumann 1990 sagte der Stellvertreter des Außenministers, Carlos Ortiz de Rozas, Nachfahre des Diktators Rosas, dass eine deutsche Wiedervereinigung ohne Berücksichtigung der Interessen der DDR „einer Annexion gleich käme“ (S. 538). Der nach der Wende noch bestehende *Ateneo Humboldt* war viel radikaler. Neben der Herabsetzung der deutschen Wiedervereinigung als „Anschluss“ initiierte es eine Solidaritätskampagne wegen der Inhaftierung Erich Honeckers, und veranlasste 1999 eine große Feier, wie 1938 beim österreichischen Anschluss, in einem wichtigen Theater, anlässlich des 50jährigen Jubiläums der DDR (S. 96). Alles während der peronistischen Regierung von Carlos Ménem, einem guten Freund vom größten Unterstützer der deutschen Wiedervereinigung, US-Präsident George W. H. Bush. Dort war der obige Vizeminister Ortiz de Rozas 1991–1993 Botschafter Argentinien.

*Humberto Cedeno*

**Lars-Broder Keil, Sven Felix Kellerhoff: „Ich gehöre Hierhin“. Remigration und Reeducation: Der Publizist Ernst Cramer. Allitera Verlag, München 2020, 202 Seiten, 19,90 Euro.**

**Martin Otto: „Ich hab‘ die Stadt Berlin regiert....“. Ulrich Biel – ein stiller Stratege auf der Weltbühne. be.bra-verlag, Berlin-Brandenburg 2022, 224 Seiten, 22,- Euro.**

Die Biografien Ernst Cramers und Ulrich Biels stehen exemplarisch für das Engagement von Remigranten und deren Einsatz für einen Neuanfang in Deutschland trotz millionenfachen Judenmordes und trotz einer naziverseuchten Bevölkerung. Die Rekonstruktion der Lebenswege dieser beiden Männer ist angesichts jüngster Versuche die Rolle von jüdischen Remigranten nach 1945 kleinzureden von besonderer Bedeutung (vgl. die Erwiderung auf die von Alexandra Kemmerer und Patrick Bahners bemühte Lübke-These vom Beschweigen der NS-Vergangenheit in ZdF 47, S. 99–127).

Ernst Cramer (1913-2010) emigrierte 1939 aus Augsburg in die Vereinigten Staaten. Er wartete fünf Jahre später als amerikanischer Soldat drei Tage nach D-Day mit seinen Kameraden in der Normandie an Land. In einem bewegenden Interview sagte er 2004 über seine Gefühle bei der Rückkehr nach Bayern im Frühjahr 1945: „Ich hatte damals den Traum, dass aus diesem zerstörten Land wieder das wird, was es einmal war und immer sein sollte: ein Land das man wirklich lieben kann.“ Das sind nahezu unglaubliche Worte in Anbetracht der Tatsache, dass Ernst Cramer, wie er später schrieb, zwei Tage nach der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald „die dort gefundenen Leichen und ausgemergelten Fast-Leichen“ sah. „Ich kannte Buchenwald, mehr als mir lieb war, denn sechs Jahre und fünf Monate vorher war ich selbst dort Häftling gewesen“. Nach den Novemberpogromen 1938 hatte er dort „die schlimmste Zeit, die ich je durchlebte“

verbracht. Mit Hilfe von entfernten Verwandten in Houston Texas gelang es ihm noch vor Kriegsbeginn 1939 aus Deutschland heraus zu kommen. Seine Eltern und sein Bruder fielen der nationalsozialistischen Judenvernichtung zum Opfer.

Trotz dieser Last entschloss sich Ernst Cramer in Deutschland zu bleiben: „Die Verlockung, irgendwie an der Wiedergeburt einer deutschen Gesellschaft mitzuwirken, siegt.“ Er begann das als Presseoffizier, beteiligt an der Lizenzierung von Zeitungen in Bayern. „Für den Neubeginn der Presse wurden Männer und Frauen gesucht, die sich nicht nur neutral verhalten hatten, ja nicht nur solche, die lediglich irgendwie ‚dagegen‘ gewesen waren. Die Menschen, nach denen wir damals Ausschau hielten, mussten auch für etwas stehen und sollten außerdem Fachleute sein.“ Einer den er in diesem Sinne für geeignet hielt, war der erste Herausgeber der *Süddeutschen Zeitung* Edmund Goldschlag, ein von den Nazis 1933 kaltgestellter sozialdemokratischer Journalist. Ein anderer von Cramer installierter Herausgeber war der Verleger der *Nürnberger Nachrichten* Josef Drexel, der zum Kreis der Nationalbolschewisten um Ernst Niekisch gehörte.

Im Pueblo Chieftain schrieb Ernst Cramer 1954 über die Gründung der Freien Universität Berlin und die Unterstützung dieser neuen Bildungsstätte durch die amerikanische Militärverwaltung und die Ford-Stiftung. Als Repräsentant der Nachrichtenagentur UP kehrte Cramer einige Zeit nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst in die Bundesrepublik zurück. In Hamburg lernte er 1958 Axel Springer kennen, dessen damaligen Ansichten über einen „Dritten Weg“ unabhängig von beiden Großmächten er bei einem gemeinsamen Treffen heftig widersprach. Einen Tag nach der Kontroverse rief Springer ihn an und bot ihm an, in die Chefredaktion der *Welt* einzutreten. Er habe genug „Yes-men“ in seinem Verlag, sagte er. „Aber ich suche Leute mit eigener Meinung, die auch zu ihr stehen.“

Nach der Eröffnung des Eichmann-Prozesses in Jerusalem berichteten die *Welt* und *BILD* fast täglich über den Prozessverlauf. Die Fäden, die zu Axel Springers Eintreten für Israel führten, hat Ernst Cramer gezogen. Er wurde einer der engsten Mitarbeiter Springers in der Unternehmensleitung.

Am 27. Januar 2006, einen Tag nach seinem 93. Geburtstag, hielt Ernst Cramer im Deutschen Bundestag eine ergreifende Rede, an deren Ende er sagte: „Ich bitte Sie, nach meinen Worten nicht, wie es üblich ist, Beifall zu klatschen. [...] Anstelle irgendeiner Beifallsbekundung werde ich Sie um eine Minute des dem Angedenken gewidmeten Schweigens bitten. Zunächst zum Gedenken an die sechs Millionen getöteten Juden, zu denen auch meine Eltern gehören, an die ermordeten Sinti und Roma und an alle Opfer des Nationalsozialismus. Aber darüber hinaus an alle, die im zwanzigsten Jahrhundert irgendwo auf der Erde um ihres Glaubens, ihrer Rasse, ihrer Abstammung, ihres Geschlechts oder auch völlig grundlos ermordet wurden. Auf diese Weise, durch gemeinsames Schweigen, ehren wir sie alle. Ich darf Sie nun um diese eine Minute der absoluten Stille bitten.“

Seine Heimatstadt Augsburg verlieh Ernst Cramer 2003 die Ehrenbürgerwürde und benannte später eine Straße nach ihm. Die Botschaft der Vereinigten Staaten würdigt ihn durch ein „Ernst-Cramer-Konferenzzentrum“. Eine Ehrung durch die deutsche Hauptstadt, für die er sehr viel bewirkt hat, steht noch aus.

Ulrich Biel (1907-1996) hat die Stadt Berlin ein Ehrengrab gewährt. Es befindet sich auf dem Dahlemer Dorffriedhof. Dort ruht er gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin Marion Gräfin Yorck von Wartenburg. Das Standesamt Zehlendorf registrierte Biels Ableben mit folgenden Angaben in der Sterbeurkunde: „Dr. jur. Ulrich Eduard Bielschowsky, der nach dem Recht der Vereinigten Staaten von Amerika den Namen Biel führt“. Die Freie Universität Berlin hat Ulrich Biel viel zu

verdanken. Er hat ihre Gründung als „Political Affairs Officer“ der US-Militärverwaltung OMGUS tatkräftig unterstützt und als Berater von Stadtkommandant Frank L. Howley dessen Rede anlässlich der FU-Gründungsfeier verfasst. Martin Otto hat 2017 in den Ernst Reuter Heften eine kurze Studie über Ulrich E. Biel veröffentlicht (rezensiert in *ZdF* 42/2017, S. 186-188). Nun liegt Ottos vollständige Biografie des Remigranten vor mit einer detaillierten Darstellung seines hintergründigen Wirkens in den politischen Netzwerken im Berlin der Nachkriegszeit und während der beginnenden Ost-West-Konfrontation. Zu letzterer trug Biel als Berater Ernst Reuters und Otto Suhrs nicht unmaßgeblich bei. Er war in dieser Zeit, wie Martin Otto schreibt, eine „Schlüsselperson in der US-Militäradministration“ und zeitweise für die Kontakte zu den politischen Parteien in Berlin zuständig. In dieser Funktion traf er auch mit Walter Ulbricht zusammen, der ihn wiederholt nach den Fördermengen der Ruhrkohle befragte. In Biels Dahlemer Villa verkehrten so ziemlich alle, die in der West-Berliner Nachkriegspolitik eine Rolle spielten. In seiner „Sonntagsrunde“ versammelten sich führende Sozialdemokraten, die eine Vereinigung mit der KPD ablehnten. Mit Ernst Reuter traf er regelmäßig zum Frühstücksgesprächen zusammen.

Die Absetzung des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Otto Ostrowski im Frühjahr 1947 ging auf Biels Initiative zurück. Er war der Verfasser des Briefes von Colonel William F. Heimlich an den Berliner SPD-Vorstand, in dem Ostrowskis Amtsenthebung verlangt wurde: „Dr. Ostrowski hat eine Wende um 180 Grad zu den Bolschewisten hin gemacht. Er ist als das trojanische Pferd innerhalb der SPD zu betrachten. Er hat zu verschwinden.“

Der anderen Seite galt Biel als „Schattenmann“ und Drahtzieher einer antikommunistischen Politik. Der damals noch linientreue Heinz Brandt schrieb im Blatt der Ost-Berliner SED-Bezirksleitung, das sich *Vorwärts* nannte: „Der berüchtigte

Mr. Biel (alias Bielschowsky aus Breslau) verdankt seine Karriere seiner Fähigkeit, Agenturen des amerikanischen Geheimdienstes zu schaffen und dafür auch die entsprechenden Subjekte zu finden.“ Heinz Brandt forderte, „der Karriere eines Mr. Biel auf dem Rücken der Berliner Arbeiterklasse ein Ende zu bereiten“.

Erich Biel hätte, wenn ihm 1934 nicht die Emigration in die Vereinigten Staaten gelungen wäre, wegen seiner jüdischen Herkunft das Schicksal von Heinz Brandt geteilt oder gar Schlimmeres erleiden müssen. Seine Mutter und seine Großmutter wurden deportiert. Der Ort ihres Todes ist unbekannt. Heinz Brandt wurde aus dem Konzentrationslager Buchenwald befreit. Er könnte dort 1945 Ernst Cramer begegnet sein, als er Häftlinge befragte. Ulrich Biel und Ernst Cramer kannten sich gut. Beide waren „Ritchie-Boys“, Absolventen des Military Intelligence Trainingscenters Camp Ritchie (Maryland). Dort wurden rund 9.000 überwiegend jüdische Emigranten ausgebildet und auf ihre Rückkehr nach Europa vorbereitet, darunter Männer wie Hans Habe, Stefan Heym und Georg Kreisler.

In seinem letzten Artikel vor Hitlers Machtergreifung rechnete Ulrich Bielschowsky am 21. Januar 1933 in der *Vosschen Zeitung* die katholischen Verbindungen im Rheinland zu „Heimstädten des besten politischen Denkens [...] Von hier kommt Brüning, von hier kommt Adenauer.“ Im April 1945 fuhr Captain Biel mit seinem Jeep von Verdun nach Rhöndorf, um mit Konrad Adenauer über dessen politische Vorstellungen über Deutschlands Zukunft zu sprechen. Martin Otto hat seiner Biel-Biografie im Anhang Biels Denkschrift über die Unterredung mit Konrad Adenauer beigelegt, die er am 16. und 17. April 1945 in Rhöndorf führte. Biel schlug darin vor, Konrad Adenauer, der seine eigenen Vorstellungen über einen künftigen deutschen Bundestaat hege, in eine führende Position der Zonen- oder nationalen Verwaltung einzusetzen.

Ernst Cramer würdigte Ulrich Biel in einem Nachruf als „einen der Stillen“, der von der Weltbühne abgetreten sei. „Ulrich Biel gehörte zu der aus naheliegenden Gründen kleinen Schar derer, die, von den Nazis verjagt, nach 1945 wieder zurückkehrten. Er verkörperte die Tugenden des alten Preußen, die früher für viele Menschen jüdische Menschen selbstverständlich waren. Er war blitzgescheit, hatte ein phänomenales Gedächtnis und liebt Berlin und die Mark – und natürlich Theodor Fontane.“

Nach seinem Ausscheiden aus dem amerikanischen Dienst verlief Biels politische Karriere in ruhigeren Bahnen. Zunächst in der SPD und dann ab 1965 in der Berliner CDU. Aufmerksamkeit erregte seine rechtsanwaltliche Verteidigung der DDR-Flüchtlinge Ingrid Ruske und Detlef Tiede, die mit Spielzeugpistolen eine polnische Linienmaschine zur Landung auf dem Flughafen Tempelhof gezwungen hatte. Vor dem eigens für dieses Verfahren eingerichteten United States Court für Berlin erwirkte Biel die Einstellung des Verfahrens gegen Ingrid Ruske wegen Rechtsfehlern bei ihrer Vernehmung durch einen amerikanischen Offizier, Detlef Tiede wurde zu einer Freiheitsstrafe von neun Monaten verurteilt. Auch als Alterspräsident des Berliner Abgeordnetenhauses und Vorsitzender des Kreisler-Untersuchungsausschusses machte Biel noch von sich reden. Wegen seines Bekenntnisses zur deutschen und Berliner Einheit und gegen die SED-Diktatur nannte ihn der *Extra-Dienst* einen „Berufsberliner“ und die kommunistische *Wahrheit* einen „Kanalarbeiter des Kalten Kriegs“.

Es lohnt sich, beide hier besprochenen Bücher neben- oder nacheinander zu lesen. Wir haben diesen „Richtie-Boys“ sehr viel zu verdanken.

*Jochen Stadt*

**Ines Geipel: Schöner Neuer Himmel. Aus dem Militärlabor des Ostens. Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2022, 228 Seiten, 22,00 Euro.**

Der altehrwürdige Klett-Cotta Verlag, mit Wurzeln in der Cotta'sche Buchhandlung Tübingen, gegründet 1659, gibt in seiner Reihe *Hobbit Presse* Fantasy-Literatur von J.R.R. Tolkien und Patrick Rothfuss sowie Science-Fiction Bücher von Tad Williams und anderen heraus. Das neue Buch von Ines Geipel könnte man beim ersten Blick auch in dieses Genre einordnen, denn darin geht es um die Vorbereitung eines Krieges im Weltall und die Besiedlung des Mars. Doch Geipels Publikation ist in der Reihe *Sachbuch* erschienen und die darin behandelte Sache ist weder Fantasy noch Science-Fiction. Es geht um den Militärisch-Industriellen-Komplex (MIK), vor dem der scheidende US-Präsident Dwight H. Eisenhower in seiner Abschiedsrede 1961 mit den Worten gewarnt hatte, die politisch Verantwortlichen müssten sich in ihrem Denken „vor dem Eindringen von unberechtigten Einflüssen des Militärisch-Industriellen-Komplexes hüten, seien sie gewollt oder nicht“.

Ines Geipels Buch kreist um überirdische, irdische und unterirdische Machenschaften des Realsozialismus. Es enthält Belege *en masse* darüber, wie der MIK via Interkosmos-Forschung in das Denken von kommunistischen Oberfunktionären, ihren Geheimdiensten und in die gut vernetzten Fachwissenschaften des Ostblocks eindrang und sich staatsplanmäßig auch bis in diverse Bereiche des Sports ausbreitete. Der gemeinsame Forschungswille aller beteiligten Interkosmos-Experten und Militärmediziner zielte auf die „Besiedlung des Weltalls, Beherrschung des außerirdischen Raums“ sowie auf die Optimierung des menschlichen Körpers weit über sein normales Leistungsvermögen hinaus. Die von Ines Geipel aus einschlägigen und abseitigen Archiven zusammengebrachten Forschungsberichte über Experimente an Tier und Mensch lesen

sich tatsächlich wie ein gruseliger Science-Fiction-Roman. Da ist von der „Konstruktion eines elektronischen Menschen“ die Rede, da „ein nicht mehr organbezogener Körper“ irgendwann die Zumutungen des Weltalls aushalten können müsse. Biomediziner der DDR-Akademie der Wissenschaften planten ein „Modellexperiment am Menschen“. Diverse im Weltall hilfreiche stressmindernde Substanzen sollten „an sensorisch depravierten Patienten“ erprobt werden. Die an dem gigantischen Forschungsvorhaben beteiligte Neuropathophysiologie der Charité erprobte Substanzen für die Gewährleistung von Weltraumfitness an 74 Fernstudenten, 20 schlafgestörten Patienten, 180 Probanden, 70 Schwangeren, 200 Krankenschwestern im Alter von 17-19 Jahren, 80 Patienten (40 Alkoholikern, 40 Psychotikern). Schwangere seien mit Faustan behandelt worden, „was das Vermögen hemmte, psychisch entspannen zu können“. Auch Strafgefangene gehörten zum Experimentierfeld der außerirdischen Horror-Staatspläne. Wer es nicht glauben mag –all die schauerlichen Belege über die hypertrophe DDR-Kosmosforschung sind in Geipels Buch durch Quellenangaben belegt.

Zu einem zentralen Forschungsvorhaben der beteiligten DDR-Institute wurde in den 1980er Jahren offenbar der „Forschungskomplex Frau“ und die Einsatzmöglichkeiten von Frauen im Weltraum und im Militär. Im Jahr 1983 nahm der Wissenschaftliche Rat der Militärmedizinischen Akademie in Bad Saarow ein Habilitationsvorhaben unter dem Titel an: „Untersuchungen zur Leistungsfähigkeit von Frauen im Alter von 18 und 40 Jahren unter militärischen Bedingungen.“ In der gleichen Zeit schickte die sowjetische Kosmosforschung mit ihrem „Biosputnik 1514“ zwei Affenkosmonauten und mehrere trächtige Ratten in die Schwerelosigkeit. Die erwähnte Habilitation kam 1988 zu dem Ergebnis, „dass der Einsatz von Frauen in der Armee ein Charakteristikum des modernen Kriegs ist“. Doch es ging in

den ineinander verzahnten Forschungskomplexen nicht nur um den militärischen Einsatz von Frauen, sondern um deren Verwendung im Weltall, um einen längeren Verbleib außerhalb der Erdatmosphäre und um die Reproduktion menschlichen Lebens dort. Die sowjetischen Versuche an trächtigen Ratten erbrachten das ernüchternde Ergebnis, „dass unter Hypergravitation der Schutz des mütterlichen Organismus zu Ungunsten des kindlichen Organismus dominiert und dass sich bei Vergleichsuntersuchungen herausstellte, dass der trächtige weibliche Organismus gegenüber Hypergravitation eine weitaus höhere Resistenz zeigt als der männliche“. Unter dem Label „Leistungsorientierte Verwendung von Frauen“ ist in den Bad Saarower Aufzeichnungen „Plazentaforschung“ vermerkt.

Nach der Wiedervereinigung erfolgte eine Eingliederung von Teilen der DDR-Kosmosforschung in die Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR). Die westdeutsche Raumfahrtexpertise befand sich zu diesem Zeitpunkt bereit in einem jahrelangen Austausch mit sowjetischen Partnern. Man hatte dafür offenbar sogar größere Finanzmittel zur Verfügung als die DDR-Institute. Der langjährige Leiter der raumfahrtmedizinischen und biologischen Arbeitsgruppe des Interkosmos-Programms Karl Hecht, Chef des Instituts für Pathologische Physiologie, legte im Juni 1991 einen Projektplan zur Vorbereitung von Langzeitflügen „zu anderen Planeten z.B. Mars“ auf. Dafür wollte er in dem ehemaligen Stasibunker Gosen Grundlagenforschung zur „Crew Simulation“ unter extremen Bedingungen untersuchen. Dazu sollten Versuchspersonen bis zu anderthalb Jahren abgeschottete in dem Bunker verbringen.

Um überhaupt keine Science-Fiction geht es in anderen Teilen des Geipel-Buches. Diese handeln von belästigenden Drohungen via Internet, um anonyme „Schätzchen-Mails“, die sie einschüchtern sollen und um eine auf die Desavouierung ihrer Person zielende Pressekampagne von

missgünstigen Denunzianten und DDR-Engelmachern. Ausgerechnet ein Facharzt für Transfusionsmedizin, namens Gerd Machalett, früher Experte im Forschungspersonal der Militärmedizinischen Akademie Bad Saarow gehört zu dem Kampagnenpersonal, das Ines Geipel wegen Ihres Engagements für DDR-Dopingopfer angreift. Dieser Medizinvampir war laut Überlieferungen auch im Zusammenhang „mit vorgeschlagenen Maßnahmen zur Erhöhung der Wirksamkeit von uM“ aktiv – sprich „unterstützende Mittel“. Auch dem Arzt, der sie als Sportlerin „betreute“ begegnet Ines Geipel in den MIK-Aktenbergen. Darüber und über die in der Behörde des damaligen Bundesbeauftragten Roland Jahn abfotografierten Seiten aus ihrer Opferakte, die dann per E-Mail verschickten wurden, handeln eingeschobenen autobiografische Teile des Buches und immer wieder auch über die Frage nach den Opfern medizinischer Missbrauchshandlungen, die der Autorin ihre Traumata offenbart haben. Nicht zuletzt aber enthält die Darstellung des Interkosmos-Wahns und die brutalen Pläne zur Schaffung eines Neuen Menschen feine literarische Interpolationen über Archivaufenthalte, Autofahrten und andere irdische Welterfahrungen. Es ist ein starkes Stück Aufklärung, die dieses Buch über die Dimensionen des geheimen Forschungsbetriebs der DDR-Militär- und Weltraumforschung leistet inklusive ihrer Metastasen in anderen Teilen des Wissenschaftsbetriebes, des Sports und des Strafvollzugs.

Am Ende ihres Buches geht die Autorin auch darauf ein, was der Militärisch-Industrielle-Komplex heute treibt und welche Rolle dabei Leute wie Elon Musk spielen, die von einer Kolonisierung des Mars schwafeln. Leider fehlt im Buch ein Namenregister und ein Glossar, das die vielen Fachbegriffe aus dem Experimentalorbit der Pharmakologie erklärt. Das kann ja bei der nächsten Auflage, die sicher kommen wird, nachgeholt werden.

*Jochen Stadt*